Nr. 139. Halle (Saale), Dienstag, den 17. Juni 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus bei Selbstbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,60 Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto: Leipzig Nr. 161..

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 92 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

# Die Entente-Antwort überreicht.

## Die Uebergabe der Antwort.

**Versailles, 16. Juni. (W. T. B.). Die Antwortnote der Entente ist dem Grafen Brockdorff-Rantzau ½7 abends übergeben worden.**

### Die Begründung.

**Paris**, 16. Juni. (W. T. B.). (Havas). In dem **Begleitbrief**, zu der Note der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge wird zuerst festgestellt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die von der deutschen Delegation über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen der ernsthaftesten Erwägung unterzogen hätten. Nach der Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Humanität und gegen die Freiheit der Völker, das je mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hält, begangen wurde. Während vieler Jahre verfochten die deutschen Regierungen getreu der preußischen Tradition ihre Bestrebungen, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie begnügten sich nicht mehr mit dem Aufblühen und dem wachsenden Einfluß Deutschlands, den anzuerkennen alle Nationen bereit waren, in der Gemeinschaft der freien und gleichberechtigten Völker. Sie wollten sich die Fähigkeit erwerben, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, gleich wie sie ein unterjochtes Deutschland tyrannisierten und beherrschten. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie

**den Geist ihrer Untertanen**

**mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu der Lehre bekehrt,** daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei. Sie haben nie aufgehört, die Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande zu entfalten und die lügenhafte Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands auf seine Macht und sein Gedeihen eifersüchtig seien. Sie haben versucht, Feindschaft und Verbrechen statt Freundschaft zwischen den Nationen zu säen. Sobald ihre Vorbereitungen vollständig waren, ermutigten sie ihre unterjochten Verbündeten, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Von diesem Krieg, dessen Zweck die Kontrolle auf dem Balkan war, wußten sie genau, daß er nicht lokalisiert werden konnte und daß er einen allgemeinen Krieg entfesseln würde. Um für diesen Krieg doppelte Sicherheit zu haben, entzogen sie sich allen Versöhnungsversuchen, bis es zu spät und der Weltkrieg unvermeidbar war, den sie eingefädelt hatten und für den unter allen Nationen einzig Deutschland vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkt sich jedoch nicht auf die Tatsache allein den Krieg gewollt und entfesselt zu haben, Deutschland ist ebenfalls verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art, in der er geführt wurde.

**Berlin**, 16. Juni. (W. T. B.) **Nach Reuter heißt es in dem Mantelbrief zu der Antwort der Alliierten: Der Krieg war das größte Verbrechen an der Menschheit, das jemals begangen wurde. Deutschland muß es auf sich nehmen, Wiedergutmachungen zu leisten. Die alliierten und assoziierten Mächte haben für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates mit sicherem Zugang zum Meere Vorsorge getroffen. Das Regime betr. das Saarbecken wird für 15 Jahre aufrechterhalten bleiben. Die Alliierten sind überzeugt, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beabsichtigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem früheren Zeitpunkt möglich sein, den Völkerbund durch Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich für den Krieg verantwortlich sind, ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer allmählicher zu verringern, als bisher bestimmt war. Die deutschen Forderungen bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachung betrifft, so kann Deutschland eine Pauschalsumme für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teiles** seiner Verbindlichkeiten **anbieten.**

## Die Aenderungen im Friedensvertrage.

**Haag**, 16. Juni. Die **Aenderungen** gegenüber dem ursprünglichen Friedensentwurf der Entente sind folgende:

**1. Schadenersatz:**

Deutschland erhält eine Frist von vier Monaten zu Vorschlägen bezüglich des **Gesamtbetrages** der Schulden, der Zahlungsart sowie der Lieferung von Waren und Arbeitsleistung. Diesen deutschen Vorschlag verpflichten sich die Alliierten innerhalb zweier Monate zu beantworten.

**2. Polen:**

Innerhalb 6 bis 10 Monaten wird in den Teilen **Oberschlesiens**, welche Polen zugesprochen werden, eine **Volksabstimmung** stattfinden. Weiterhin werden Sonderverhandlungen über die **Lieferung von Steinkohlen** und über finanzielle Vereinbarungen getroffen werden.

**3. Völkerbund:**

**Bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erklären die Alliierten**, daß Deutschland innerhalb kurzer Zeit zugelassen werden wird. Die Untersuchung der von Deutschland auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gemachten wirtschaftlichen Vorschläge wird **bis zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hinausgeschoben werden.**

**4. Herabsetzung der Bewaffnung:**

Die **Alliierten werden** sofort alle Vorkehrungen treffen, die auf eine **allgemeine Herabsetzung der Rüstungen hinzielen.**

**5. Schutz der Minderheiten:**

Die Entente wird den **deutschen Minderheiten** in den Teilen Deutschlands, welche durch den Vertrag von Deutschland getrennt werden, ihren Schutz gewähren.

**6. Verwaltung des linken Rheinufers:**

Während der Besetzung des linken Rheinufers wird eine interalliierte Zivilkommission gebildet werden, welcher sämtliche Militärbehörden unterstellt sind und welche die Verwaltung der besetzten Gebiete durchführt.

## Lockspitzel an der Arbeit!

### Parteigenossen, Augen auf!

**Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, daß Spitzel, die sich als revolutionäre Arbeiter gebärden, und sich Zutritt zu den Organisationen verschafft haben, die Arbeiter zu abenteuerlichen Aktionen aufzuputschen versuchen.**

**Wir sind auch auf das Genaueste** darüber unterrichtet, daß **die Militärkamarilla nur auf den Erfolg dieser** Machenschaften **wartet, um die Arbeiterklasse niederzuschlagen und die eigene Herrschaft offen zu errichten.**

Eine Liste der **Vertrauensmänner der Arbeiterklasse**, die sofort **verhaftet** werden sollen, ist bereits hergestellt.

Provozierte **Putsche sollen die Stimmung in der Oeffentlichkeit schaffen, die dieses gewaltsame Vorgehen begünstigt.**

**Wir erwarten, daß die Arbeiterschaft diese reaktionären Pläne durchschaut und durch ihre ruhige Entschlossenheit zunichte machen wird.**

**Berlin, den 16. Juni 1919.**

**Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

**7. Unterschrift:**

Deutschland erhält eine Frist von 5 Tagen (bis 21. Juni), innerhalb welcher Zeit es seine Stellungnahme zu der Note erklären muß. Geschieht dies nicht, so werden sofort militärische Maßnahmen getroffen.

Auf die von der Entente zugestandenen **Aenderungen der Friedensbedingungen** wird noch zurückzukommen sein, wenn sie vollständig in ihrem Wortlaute vorliegen. — Die deutsche **Regierung** hat die **sofortige** Veröffentlichung der Antwort der Entente beschlossen.

### Deutschfeindliche Ausschreitungen.

**Versailles**, 16. Juni. (W. T. B.) Auf der Fahrt vom Hotel des Reservoirs zum Bahnhof von Noissy-le-Roi, von wo der Sonderzug mit der **deutschen** Friedensdelegation nach Weimar abfuhr, wurden aus der Menge heraus nach einzelnen Autos **Steine geworfen**. Es wurden infolgedessen einige Mitglieder der Abordnung mehr oder weniger leicht **verletzt**. Die Kundgebungen der Menge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten Johlen, Rufen und Schreien, als sich die Mitglieder der Delegation auf der Straße zwischen dem Hotel des Reservoirs und den Hotels Suisse und Vatel zeigten.

### Der Kampf um den Achtstundentag.

**Paris**, 16. Juni. (W. T. B.) **Der Sekretär der Bergarbeiter erklärte, daß bis jetzt ein Uebereinkommen auf Abbruch des Streiks nicht getroffen worden sei. Als erste Grundlage zum Abbau des Streiks müsse Annahme des Achtstundentages gelten. Der allgemeine Streik sei unvermeidlich.**

Die **Metallarbeiter in Nizza** haben den Streik erklärt.

**Amsterdam**, 16. Juni. Telegraaf meldet aus Brüssel: Die sozialistische Partei veranstaltete gestern vormittag in allen großen Städten **Belgiens Kundgebungen zugunsten des Achtstundentages** und von Mindestlöhnen, die ruhig verlaufen sind.

### Vor neuen Ausständen.

**Haag**, 16. Juni. (W. T. B.) Der Nieuwe Courant meldet: In der **britischen Maschinen- und Schiffbauindustrie** droht ein großer Streik, bei dem zwei Millionen Arbeiter in Betracht kommen würden.

**Amsterdam** 16. Juni. (W. T. B.) Nach einer Meldung der Daily Mail aus Toronto haben die Arbeiter in den **Eisenbahnwerkstätten** die Weisung erhalten, am Mittwoch in den **Ausstand** zu treten. Es handelt sich um 30000 Arbeiter in ganz Kanada.

**Landtagswahlen in Tirol.** Innsbruck, 16. Juni. (W. T. B.) Aus den gestrigen **Landtagswahlen** dürfte die Tiroler Volkspartei mit ziemlicher Mehrheit als stärkste Partei hervorgehen.

Bei den gestrigen **Gemeinderatswahlen** erhielten die Tiroler Volkspartei 13, die deutschfreiheitliche 12, **die Sozialdemokraten 14 Mandate** und die wirtschaftliche Vereinigung ein Mandat.

## Das Schaustück von Weimar.

Auf dem Parteitage der Rechtssozialisten sprach Herr Scheidemann im wegwerfenden Sinne von Prinzipienschaustellungen, die **Schein**sozialismus verrieten. Ueber den Verdacht solcher Schaustellungen sind nun die Scheidemänner freilich erhaben. Mit **Prinzipien** haben sie nicht gern etwas zu tun, und sie wissen wohl warum. Aber sonst verstehen sie sich auf Schaustellungen sehr gut. Der Parteitag in Weimar hat es wieder einmal sehr deutlich gezeigt.

Denn diese Tagung war in der Tat nicht viel mehr als eine große **Schau**, eine Heerschau der Getreuen und ein **Schaustück** für die Gläubigen und noch mehr für die im Glauben Wankenden. Schon am Parteitag in Würzburg, der im Oktober 1917 tagte, konnte man die Aehnlichkeit mit den **Katholikentagen** feststellen, das Bestreben, den Delegierten einige rethorische Glanzleistungen der Führer vorzusetzen und die Debatten möglichst zu beschränken. Der Tag von Weimar weist diesen Zug in nicht minder starkem Maße auf.

Nach der Flut der Anträge und nach ihrem oft sehr oppositionell gehaltenen Inhalt, selbst nach dem ersten Auftakte der Verhandlungen, daß der Wille der Parteimitgliedschaften diese Tendenz durchkreuzen, daß er eine deutlichere Aussprache erzwingen werde. Es ist ganz anders gekommen. Die Regierung und die Parteileitung griffen nach dem schönen Rezept, das die rechtssozialistischen Staatsmänner schon mit Erfolg in den Parlamenten angewendet haben — sie warteten den Angriff der Opposition nicht erst ab, sondern traten von vornherein als Ankläger der Genossen auf, und ihre Getreuen sorgten durch frühzeitigen Debatteschluß, daß die wenigen Oppositionellen möglichst vom Wort abgeschnitten wurden; **Noskes Rede** war eine solche wohlberechnete Umkehrung des Spießes. Unter tosendem Beifall der Delegierten konnte er abtreten — der Angriff war abgeschlagen, noch ehe er erfolgt war. Die Anträge auf **Rücktrit des Reichswehrministers** fanden ein Begräbnis erster Klasse. So gering war die Zahl der Stimmen, die sich für sie erhoben. Daß der Antrag auf Ausschluß statutenwidrig sei und deshalb nicht über ihn abgestimmt werden dürfe, war ein eigentlich ganz unnötiger, schlauer Winkelzug des Vorsitzenden. Es ist aber bezeichnend, daß der Parteitag sich ihn **stillschweigend** gefallen ließ, denn die Parteigeschichte beweist das Gegenteil des präsidialen Einwands. So hat man 1895 den Dr. **Rüdt** auf dem Parteitag zu Breslau **ausgeschlossen** aus dem allgemeinen Empfinden heraus, daß die sofortige Scheidung der Partei von diesem Manne nötig sei. Die Rechtssozialisten empfinden Noske gegenüber nicht das, und das sagt genug, wenn man die wahrhaft brutalen Ausführungen dieses Menschen dazuhält.

Hier ist das erste klägliche Versagen des Parteitages, noch schlimmer aber war es im **Falle Bernstein**. Ed. Bernstein wollte den unter der Politik der Kriegskreditbewilligung erstickten Geist der Internationalität in der Partei wieder erwecken und als Vorbedingung dafür ein Bekenntnis der Schuld des kaiserlichen Deutschlands am Krieg und seiner Verlängerung erreichen, das friedlich für die unentwegten Kreditbewilliger ein **Eingeständnis der eigenen schweren Mitschuld** wäre. Er fand kein Verständnis, sondern zornigen, lärmenden Widerspruch. Man hat ihn **Spießruten** laufen lassen — angeblich um des Ausspruches von den neun Zehnteln der Friedensbedingungen, die gerecht seien — in Wahrheit hat er gesagt, daß sie **notwendig** seien, was schon etwas anderes ist — tatsächlich aber wegen seiner **ganzen** Auffassung, die an die empfindlichsten Stellen dieser rechtssozialistischen Kriegsverlängerer rührt. Seine Entschließung wurde trotz seiner Bitte, es um des Eindrucks auf die Internationale willen, noch nachträglich zu tun, nicht einmal der Ehre einer Abstimmung gewürdigt. Sie wurde durch die Annahme einer Gegenresolution der Braun, Wels und Löbe erledigt, die ihr ein Stück, das nur sehr zaghaft an die Schuldfrage rührt, die drei konnten es gebrauchen, weil es nach etwas aussieht, ohne ihnen ernsthaft wehe zu tun, und weil es das weitere Eingehen auf die bedenkliche Schuldfrage scheinbar überflüssig macht, entnahmen, um alles andere, was Bernstein an ernsten Forderungen für die internationale Betätigung der Partei und für die Außenpolitik der Republik aufstellt, um so sicherer abzuwürgen und dafür Proteste gegen die Entente und Aufforderungen an die Internationale zur Hilfe zu setzen, die zu dem Geiste der Bernsteinschen Resolution passen, wie die Faust aufs Auge. Diese Partei, das zeigt der Fall Bernstein, kann, weil sie durch die eigene Schuld gehindert ist, den festen Scheidestrich vom alten Regime zu ziehen, weil **ihr internationales Empfinden verwüstet ist**, keine vom neuen Geist, vom Geist der sozialistischen Revolution erfüllte Außenpolitik beginnen.

Das **Hauptzugstück** der großen Schaustellung sollte wie in Würzburg ein **Referat Scheidemanns** über die Aufgaben der Partei sein. Und es war wie in Würzburg, dieselbe **Schaumschlägerei**, nur noch um einige Grad wässeriger. Wie Seifenblasen zerplatzt alles, sobald man es anfaßt. Von einer ernsthaften programmatischen Erörterung ist keine Spur. Allenfalls greifbar ist nur die Absage an die Sozialisierung, für

die ein recht unbestimmter, in glitzernde Redensarten eingehüllter Ersatz verheißen wird. Natürlich fand Herr Scheidemann „rauschenden Beifall". Die Genügsamkeit dieses Parteitags war ebenso groß wie seine Fügsamkeit vor der Autokratie und den kaum verhüllten Beeinflussungsmanövern des Vorsitzenden Schulz. Beides aber wurde noch übertroffen durch einen Grad von Unempfindlichkeit gegenüber Angriffen auf die Arbeiterkasse, der fast noch schlimmer wirkt als die geradezu ungeheure Verständnislosigkeit, die David in seiner Rede gegen Wissel für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter bekundete, für den Zwang, der sie zu Lohnbewegungen treibt. Daß der Herr Minister nicht durch empörten Widerspruch von der Tribüne gefegt wurde, gehört zu den Unbegreiflichkeiten, die selbst einem Parteitag der Rechtssozialisten nicht zu verzeihen sind. Der Streit Wissels gegen das Kabinett ist eine häusliche Angelegenheit der Herren, in die wir keine Veranlassung haben, uns etwa zugunsten Wissels einzumischen, da sein Sozialisierungsersatz von sehr zweifelhafter Güte ist. Um so begeichnender ist es aber, daß er selbst damit schon in dem Koalitionskabinett, ja unter seinen sozialistischen Kollegen unmöglich ist. Hier war es, wo so etwas wie ernstlicher Widerstand sich gegen die Regierung im Parteitag zu regen schien. Aber er flaute bald wieder ab — es blieb bei einigen Worten für Wissel, die an seinem Schicksal seiner Ausschiffung, nichts ändern werden.

Ebensowenig wie für die Planwirtschaft Wissels haben wir für den Räteplan Cohens etwas übrig. Er ist wie der Singheimers von dem Bestreben diktiert, die revolutionäre Seite des Rätegedankens abzutun durch das Herausschälen des sog. „berechtigten Kerns", den Weg zu der Erkenntnis zu versammeln, daß bei der Unfruchtbarkeit der Koalitionsregierung wie der Nationalversammlung das Proletariat nur durch das Uebergangsstadium der Diktatur zum Sozialismus kommen kann. Die instinktive Strömung zum Rätesystem soll durch die Halbschlächtigkeit einer wirtschaftlichen Räteorganisation abgelenkt werden. Indes ist es für die Rechtssozialisten bezeichnend, daß sie von zwei Unzulänglichkeiten die unzulänglichste wählte, daß Herr Cohen, der sich als Vorsitzender des Zentralrates immerhin einige praktische Kenntnis des Rätesystems erworben hat, wenngleich er sich einmal in U-Boots-Begeisterung und Wahlrechtsschacher kompromittiert hat, nur eine einzige Stimme für seine Resolution erhielt.

Der Haupteindruck der Tagung ist der des völligen Versagens der Opposition. Diese Partei hat überhaupt keine ernstliche Opposition mehr. Sie ist ein zerfahrenes und verzagtes Häuflein ohne festen Kurs, ohne entschlossenen Willen. Sie wird den Göttern in der Regierung und den Halbgöttern in der Parteiseitung nicht gefährlich. Sie wird aber diese Partei nicht aufrütteln und reorganisieren können. Wohl ist den Rechtssozialisten freilich bei dieser Idylle nicht. Sie wissen sehr wohl, daß sich die Massen von ihnen abzuwenden beginnen. Oft genug erklang in ihren Reden die Klage, daß die Massen unzufrieden seien. Aber sie wissen keinen Rat dafür, sie sitzen fest in den Ketten ihrer Sünden.

Darüber brauchen wir auch nicht zu bedauern, daß die zahlreichen Einigungsanträge durch eine Resolution Braun erledigt wurden, die der Einigung mehr Hindernis als Förderung sein muß. Daß Ad. Braun, der einstige eifrige Kämpfer für die Einigung, für Vater ist, kennzeichnet die Entwicklung in der rechtssozialistischen Partei.

Sie hat die Gelegenheit zur Umkehr auf dem Wege zum Abgrund in Weimar abermals verpaßt. Sie findet nicht mehr die Kraft dazu. Das Gift der Grundsatzlosigkeit, das sie mit dem Sündenfall der Kriegsjahre in sich aufgenommen hat, nimmt sie zu, und das Gift des Nationalismus, das sie neuerdings in immer steigenden Dosen zu sich nimmt — man lese nur die Erklärungen- und die Schlußrede, von anderem zu schweigen —, wird sie auch nicht kräftigen. Das ist das Ergebnis von Weimar, das die U. S. P. vor neue Aufgaben stellt. Sie hat die Fragen zu beantworten, denen die Rechtssozialisten ausgewichen sind. Das Vertrauensvotum für die Regierung, die Resolution für die Freiheitsrechte sind Entscheidungen, die im Zickzack ehrlichen Entscheidungen ausweichen, und die brennende Frage, ob der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet werden muß oder nicht, ist von diesem Parteitag nur gestreift, aber nicht erörtert, geschweige denn gelöst worden. Die U. S. P. muß da, wo die Rechtssozialisten versagen, einspringen, um die Arbeiterschaft aus dem Abgrund zur Höhe zu führen!

## Die Quittung für München!

### Schwere Wahlniederlage der Abhängigen.

Unter Billigung, Duldung und im Einverständnis auch mit den rechts „sozialistischen" Mitgliedern der bayerischen Regierung hat die Militärreaktion nach Niederwerfung des revolutionären Generalstreiks in München eine unerhörte Blut- und Schreckensherrschaft angerichtet. Noskesöldner haben gewütet wie rasende Tiere, und was ihnen an Kommunisten und „Spartakisten" oder Sozialisten in die Hände fiel, das wurde entweder bestialisch abgeschlachtet oder schändlich mißhandelt. Die Ermordung Lewinés bildete gleichsam den Gipfel dieser Schreckensherrschaft.

Die über diese Schändlichkeiten in der Münchener Arbeiterschaft herrschende Empörung hat sich jetzt in einer geradezu katastrophalen Abrechnung mit den Regierungssozialisten entladen. Am Sonntag waren nämlich in Bayern die Gemeinde- und Kreiswahlen. Ueber ihr Ergebnis in München meldet W. T. B.:

**München, 16. Juni. Bei den Münchner Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen, die unter ziemlich lauer Beteiligung vor sich gingen, hat die unabhängige Partei einen gewaltigen Stimmenzuwachs auf Kosten der Mehrheitssozialisten zu verzeichnen gehabt. Bei den Stadtratswahlen erhielten die Unabhängigen 16, bürgerl. Volkspartei 15, Mehrheitssozialisten 10, Deutsch-Demokraten 7, Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung 1 und liberale Bürgerpartei 1 Sitz. Die beiden sozialistischen Parteien haben demnach im neugewählten Stadtrat die absolute Mehrheit."**

Die vernichtende Niederlage der Kaisersozialisten wird erst in ihrem ganzen Umfange deutlich, wenn man die abgegebenen Wählerstimmen zum Vergleich heranzieht. Bei den Landtagswahlen wurden in München für die Unabhängige Sozialdemokratie rund 15 000 Stimmen abgegeben. Am Sonntage, bei den Gemeindewahlen, erhielt sie 77 000 Stimmen, während die Mehrheitssozialisten von 147 000 auf 45 000 herabsanken. Die bayerische Volkspartei (das Zentrum) ist sich ziemlich gleich geblieben und erhielt 15 Sitze. Die Liberalen haben dagegen ebenso wie die Mehrheitssozialisten schwere Verluste erlitten.

Man darf einigermaßen gespannt sein, was die rechtssozialistischen Parteischornalisten über diesen furchtbaren Schlag zusammenorakeln werden. Schrieb man über die Parade in Weimar mit bewundernswürdiger Keckheit: „Die alte Partei ist und bleibt der Sammelpunkt aller wirklichen Sozialdemokraten . . ." — Was nützen aber alle diese schönen Redensarten, wenn sich diese „Sammlung" dieser „wirklichen" Sozialdemokraten immer mehr nach dem — Beispiel von München vollzieht? — Die wirklich und wahrhaftig noch sozialistisch denkenden und empfindenden Arbeiter haben längst einen dicken Trennungsstrich zwischen diesen scheinsozialistischen Verrätern an der Revolution gezogen, und immer neue Massen fallen von ihnen ab. Noch der Parade von Weimar erst recht; denn dieses blendende Schaustück hat auch dem Hoffnungsseligen gezeigt, daß unsere Regierungssozialisten rasend dem Abgrunde zutreiben!

## Katastrophenpolitik der Regierung.

Aus Hagen i. W. wird uns geschrieben: In den letzten Tagen macht sich ein großer Kohlenmangel im Industriegebiet bemerkbar. Eine große Anzahl der Metallindustrie müssen bereits den Betrieb einschränken, müssen die Arbeitszeit auf 4 Stunden herabsetzen. Das Ergebnis dieser Maßnahme ist natürlich Ausfall des Lohnes und durch den Lohnausfall bedingtes Herabdrücken des Existenzminimums des Arbeiters. Das Fehlen der Kohlen wird auf den verflossenen Bergarbeiterstreik zurückgeführt. In Wirklichkeit trägt aber die vollständig verfehlte Verteilungspolitik schuld an dem Zustand. Anstatt die Kohlen der Industrie zuzuführen, wird in den letzten Wochen auf Veranlassung der Regierung die geförderte Ruhrkohle in das Binnenland verfrachtet, um dort Reserven aufzuspeichern. Auch wird der Eisenbahnverwaltung, wie offiziell mitgeteilt wurde, so viel Kohle überwiesen, daß sie ihre Reservebestände auffüllen kann bis zum Friedensstand. Die Nahrungsmittel steigen von Tag zu Tag in gradezu wahnsinniger Höhe, auf der andern Seite verringert sich das Einkommen der Arbeiter um 30—40%. Wenn dieser Zustand noch einige Wochen anhält, ist die Katastrophe unausbleiblich. Selbst Gewerkschaftsführer, die auf der rechten Seite stehen, erklären, daß, wenn die Dinge so weiter laufen, es unmöglich ist, die Masse der Arbeiter in Ruhe zu halten. Was sich die Regierung bei dieser wirtschaftlichen Maßnahme eigentlich denkt, ist unverständlich. Es muß auch dem Dümmsten einleuchten, daß ein solches Vorgehen zur Katastrophe führen muß! Für den, der die Pläne der Regierung im Osten kennt, besteht kein Zweifel darüber, daß ihre Katastrophenpolitik im Westen damit im engsten Zusammenhang steht!

## Die Reaktion in Braunschweig.

Der Braunschweiger Volksbeauftragte Dr. Jasper hat die Reichsregierung um die Ermächtigung gebeten, „gegebenenfalls" über Braunschweig den verschärften Belagerungszustand verhängen zu können. Er hat weiter mit der Kommandantur in Braunschweig vereinbart, Streifzüge auf Kommunisten vorzunehmen. Ein großes Militäraufgebot sperrte ganze Straßenzüge mit Maschinengewehren ab, durchsuchte Wirtschaften und Privatwohnungen und nahm an die hundert Verhaftungen vor.

Die Fraktion der U. S. P. D. der Landesversammlung erhebt in einem Aufruf an die Parteigenossinnen und Parteigenossen gegen das diktatorische Vorgehen des Volksbeauftragten Dr. Jasper den allerschärfsten Protest. Sie erklärt, daß von der Fraktion der Rechtssozialisten der Landesversammlung verlangt werden muß, den Volksbeauftragten Dr. Jasper aus dem Rate der Volksbeauftragten zurückzurufen. Die Fraktion der U. S. P. D. und ihre Mitglieder im Rate der Volksbeauftragten lehnen es entschieden ab, weiterhin verantwortlich zu sein für die provokatorische und unverantwortliche Politik, die der Volksbeauftragte Dr. Jasper aus sich selbst heraus zu betreiben beliebt. Weiter kündigt die Fraktion an, das Kompromiß mit den Rechtssozialisten, das in der Erwartung einer gemeinsamen, sozialistischen, das Werk der Revolution fortsetzenden Politik geschlossen wurde, zu lösen, den Rechtssozialisten den schärfsten Kampf anzusagen und es ihnen zu überlassen, mit der bürgerlichen Reaktion eine Regierung zu bilden.

## Zeitungsstreik in Berlin.

In den Berliner Zeitungsbetrieben ist am Sonnabend ein Streik des technischen Hilfspersonals ausgebrochen. Infolgedessen sind seit diesem Tage keine Berliner Zeitungen erschienen. Der Grund zum Streik sind verweigerte Lohnforderungen. Inzwischen haben sich die Buchdruckereibesitzer indes zu Verhandlungen und zu Zugeständnissen bequemt. Die zwischen den streikenden Hilfsarbeitern im Buchdruckgewerbe und ihren „Prinzipalen" geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Die Berliner Zeitungen werden am Dienstag (heute) wieder erscheinen.

## Arbeiterschutz in Ungarn.

Das Volkskommissariat für soziale Produktion in Ungarn hat ein besonderes Amt für Arbeiterschutz errichtet. Dieses Amt befaßt sich in erster Reihe mit der Einrichtung von Arbeiterbädern und -Küchen, sowie mit der wichtigen Frage der Unfallversicherung. Es sind zahlreiche Techniker damit beauftragt worden, die Betriebe mit sanitären und anderen Schutzvorrichtungen zu versehen.

•

Laut Meldung des Arbeiterrates vom Komitate Pest sind auf dem Gebiete des Komitates bloß jene Flächen unbebaut geblieben, die längs der Donau und der Theiß überschwemmt sind. Trotz des großen Mangels an Zugtieren wurde in diesem Jahre weit mehr Boden bearbeitet, als in den vergangenen Jahren.

## Militärische Erfolge der Sowjettruppen.

Helsingfors, 15. Juni. (W. T. B.) Ein russischer Funkspruch meldet, daß die Truppen der Moskauer Sowjetregierung nach dreitägigem hartnäckigem Kampfe Ufa eingenommen haben, was als der bedeutendste militärische Erfolg der letzten Monate gelte. Bei der Einnahme sollen viele Gefangene gemacht und große Mengen Munition und Eisenbahnmaterial erbeutet worden sein.

# Aus der Partei.

## Sozialistische Einigung in Ungarn.

In Budapest hat Freitag, Sonnabend und Sonntag ein Landeskongreß der ungarischen Räte stattgefunden, durch den die vollständige Verschmelzung der sozialistischen und kommunistischen Parteien herbeigeführt worden ist. Die Demokratie wurde vollständig aufgegeben, der Anschluß an die dritte Internationale ausgesprochen und die weitere Verteidigung der Diktatur des Proletariats beschlossen. Auf Grund eines Kompromißantrages wurde der Name: Ungarländische Partei der sozialistisch-kommunistischen Arbeiter für die Partei festgesetzt. Die Debatte war äußerst lebhaft. Besonderes Interesse erregte die Rede Sigmund Kunfis, der stets für einen gemäßigten galt, der sich jetzt ebenfalls für die dritte Internationale erklärte. Ebenso Desider Bokanyi, einer der ältesten Führer der ungarischen Sozialdemokratie, der sogar den vollkommenen Bruch mit der Vergangenheit predigte. Bela Kun schloß die Debatte mit der Erklärung, daß kein Programm der Welt die Einheit und Einigkeit in einer solchen Weise gewährleistet.

# Allerlei.

**Die Einwohnerzahl der nachstehenden Länder entwickelte sich in hundert Jahren wie folgt:**

| | 1800 | 1900 |
|---|---|---|
| Europäisches Rußland . | 39 Mill. | 111 Mill. |
| Oesterreich-Ungarn . . | 23 „ | 45 „ |
| Deutschland . . . . . | 21 „ | 56 „ |
| Frankreich . . . . . | 27 „ | 39 „ |
| Großbritannien . . . | 16 „ | 42 „ |

# Aus der Provinz.

## Das Oberversicherungsamt Merseburg

hat eine Uebersicht über seine Geschäftstätigkeit im Jahre 1918 zusammengestellt. Dieses Amt ist bekanntlich die Zentralstelle für alle Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im Regierungsbezirk Merseburg. Das Oberversicherungsamt teilt sich in eine Spruchkammer (die wiederum zwei Abteilungen hat) und in eine Beschlußkammer. Im Spruchverfahren, für das die Spruchkammer zuständig ist, werden alle Streitigkeiten über die Leistungen der Arbeiterversicherung entschieden. Die Einrichtungen in den einzelnen Versicherungszweigen sind aber hier nicht einheitlich. In der Krankenversicherung sind die ersten Instanzen für Streitfälle die (unteren) Versicherungsämter, die für alle Städte mit mehr wie 10 000 Einwohnern, im übrigen für alle Landkreise bestehen und den Magistraten bezw den Landratsämtern angegliedert sind. Gegen die Urteile dieser Versicherungsämter kann in zweiter Instanz im Wege der Berufung das Oberversicherungsamt angerufen werden, das hier meist endgültig entscheidet. In der Unfallversicherung können alle Rentenbewerber, die im Regierungsbezirk wohnen, gegen die Endbescheide irgendwelcher Berufsgenossenschaften sofort das Oberversicherungsamt mit einer „Berufung" angehen. So ist es auch in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Gegen die schriftlichen Bescheide der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg kann direkt mit einer „Berufung" an das Oberversicherungsamt herangetreten werden. — Im Beschluß verfahren vor der Beschlußkammer werden alle jene Streitigkeiten erledigt, bei denen es sich nicht um Unterstützungsansprüche der Versicherten dreht, sondern um Beschwerden anderer Art, z. B. Beitrags- und Verwaltungsstreitigkeiten, Beschwerden über Wahlverfahren bei den Versicherungsträgern, Streitfälle wegen Strafsestsetzungen usw.

Im Jahre 1918 wurden beim Oberversicherungsamt Merseburg 636 Spruchsachen anhängig. Dazu kamen 159 aus dem Vorjahr übernommene Sachen. Das ist ungefähr dieselbe Anzahl von zu bearbeitenden Streitfällen wie im Jahre 1917. Von den im Jahre 1918 eingegangenen Sachen mußten 19 wegen Unzuständigkeit des Gerichts zurückgegeben werden. Erledigt wurden 541 Sachen, davon 392 durch Urteile. Die anderen erledigten sich durch Vergleich, Zurücknahme usw. 235 Sachen wurden ins Jahr 1919 übernommen. Die Zahl der Sitzungen betrug 19. In vier Fällen fand einen auswärtige Beweisaufnahme statt. Die Spruchkammer ist in einer Besetzung von fünf Personen tätig (der von der Regierung eingesetzte Vorsitzende, zwei Vertreter der Arbeitgeber und zwei Vertreter der Versicherten). Vor dem Kriege war die Inanspruchnahme des Oberversicherungsamtes eine weit stärkere. Die Zahl der Sitzungen war da mindestens die doppelte. Der Rückgang erklärt sich aus der Abnahme der Zahl der Unfälle, den Anweisungen des Reichsversicherungsamts, Rentenentziehungen und Rentenherabsetzungen nur in bestimmen Fällen vorzunehmen usw.

Im Beschlußverfahren waren 264 im Jahre 1918 neu eingegangene und 21 vom Vorjahr verbliebene Sachen zu bearbeiten. Von dieser Gesamtzahl von 285 wurden 221 ohne Zuziehung von Beisitzern vom Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes allein erledigt. Das Gesetz gibt leider die Möglichkeit zu einem derartig „abgekürzten" Verfahren. Von der Beschlußkammer wurden 30 Beschlußsachen erledigt. In keinem einzigen Falle fand eine mündliche Verhandlung unter Zuziehung der Kläger oder Beklagten statt. Zur Erledigung der 30 Sachen fanden zwei Sitzungen des Beschlußausschusses statt. 34 Sachen wurden in das Jahr 1919 übernommen. In zwei Fällen fand eine Auswärtige Beweisaufnahme statt. In Beschlußsachen ist die Tätigkeit des Oberversicherungsamts etwas umfangreicher geworden wie vor Einführung der Reichsversicherungsordnung, weil diese erst dieses Beschlußverfahren ausgestaltete.

Leider enthalten die Uebersichten keine Angaben darüber, wie sich die Streitfälle auf die einzelnen Versicherungsgebiete verteilen. Aus der Beobachtung kann aber festgestellt werden, daß die Krankenversicherung am geringsten vertreten ist. Am stärksten nimmt die Unfallversicherung das Oberversicherungsamt in Anspruch. Etwas weniger zahlreich sind die Streitfälle auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Hier haben nur die letzten Jahre der Kriegszeit eine Zunahme gebracht. Häufig waren hier namentlich die Streitfälle, ob für einen Kriegsbeschädigten die Invaliden- oder die Krankenrente zu zahlen ist. — Die Zahl der Vertreter der Versicherten (als Beisitzer) bei dem Oberversicherungsamt beträgt rund 50. Seit etwa 15 Jahren hat keine Neuwahl derselben stattgefunden, was auf die Einführung der Reichsversicherungsordnung, den Kriegsausbruch usw. zurückzuführen ist. Die in der Vertreterschaft eingetretenen Lücken wurden immer durch Ernennungen ausgefüllt. Es wird auch hier Zeit, daß einmal eine Neukonstituierung stattfindet.

## „Das sieht Heine ähnlich!"

Wir lesen in der stramm regierungssozialistischen Breslauer Volkswacht:

„Zum zukünftigen Regierungspräsidenten von Breslau soll der Oberbürgermeister Jänicke aus Zeitz von der Regierung, also dem Minister Heine, auserkoren sein. Jänicke, der im Alter von 37 Jahren steht, ist ein vollständig unbeschriebenes politisches Blatt. Er ist ein Sohn des früheren Bürgermeisters von Breslau. — Es sieht dem Minister Heine ähnlich, daß er sich über die Wünsche der Sozialdemokratie mit einem einfachen Salto hinwegsetzt. Wenn Heine so die Wünsche der Sozialdemokratie mit Füßen tritt, darf da ein solcher Mann noch länger auf seinem Posten bleiben. Er muß weg!"

Das sieht den Scheidemännern ähnlich: Als der Edelsozialist Heine kürzlich in Breslau eine erzreaktionäre Hetzrede gegen die Opposition hielt, hat die Volkswacht kein Wort zu sagen gewagt. Jetzt schimpft Herr Löbe in seinem Blatt, weil die bisher irregeleiteten Arbeiter infolge des Auftretens des Heine in hellen Scharen zur U. S. P. übertreten, und weil es nicht geglückt ist, wieder einem „Mehrheits"bonzen ein fettes Pöstchen zuzuschieben. . . .

## Die Bewegung in den Heil- und Pflegeanstalten.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns geschrieben: Das Personal der Landesheilanstalten bemüht sich seit einiger Zeit, die gesetzliche 8stündige Arbeitszeit auch in den Landesheilanstalten eingeführt zu sehen. Von der Berufsorganisation des Pflegepersonals ist eine Eingabe an die Behörden eingereicht. Die Einwendungen, welche bisher von den Behörden gemacht wurden, gingen dahin, daß der Achtstundentag nicht für das Pflegepersonal eingeführt werden brauchte, da solche nur für gewerbliche Arbeiter eingeführt werden müsse. Der Demobilmachungsausschuß hat nun auf Anfragen des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes dahingehend geantwortet, daß das Pflegepersonal als gewerbliche Arbeiter anzusehen sei. Das Personal der Heilanstalten hat sich, um seinen gerechten Wünschen mehr Geltung verschaffen zu können, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen. Es braucht nicht erst angeführt zu werden, daß die Organisation ernsthaft bestrebt ist, ein Arbeits- und Dienstverhältnis für das Personal der Heilanstalten zu erlangen, welches zum mindesten mit den gewerblichen gleichgestellt ist. Bisher hat man sich um das Personal der Krankenhäuser und Landesheilanstalten nicht bekümmert und die Folge davon war, das eine unbeschränkte Dienst- und Arbeitszeit bis zu 14 Stunden bestand. Wo die Interessen des Personals vom Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband mit Nachdruck vertreten werden, sucht man nach Mitteln und Wegen, um den alten Zustand zu erhalten.

Wie die Drahtzieher hinter den Kulissen arbeiten, davon zeugt ein Schreiben aus Merseburg von dem Hauptvorsteher der Beamten der Provinzialverwaltung von Sachsen an die Direktoren sämtlicher Provinzialanstalten und an die Vorstände der Landesbauämter. Der Charakter dieser neuen gelben Organisation läßt sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0002

nicht verwischen durch einen Schwulst von schönen Programmsätzen und allerhand Verheißungen. Schon die Sätze: Erstrebt wird ein gemeinschaftliches Zusammengehen aller preußischen Provinzialbeamten, der unteren, mittleren und oberen Beamten, sowie der Angestellten. Unsere Organisation soll als ausgleichendes, vermittelndes Glied zwischen Beamtenschaft und Behörde wirken. Also ein Abklatsch der schon bestehenden Standesorganisationen, unter der falschen Devise einer Berufsorganisation auf „gewerkschaftlicher Grundlage". Daß vor der freien Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter besonders gruselig gemacht wird, gehört zum Handwerk. Wie aus vorrevolutionärer Zeit mutet der Schlußpassus an: Gelesen und einverstanden; der Landeshauptmann v. Wilmowski.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter warnt vor diesem gelben Gebilde. Er kennzeichnet die in den Heilstätten beliebte Methode, dem Pflegerpersonal das Vereinsrecht illusorisch zu machen. Er fordert die Arbeitervertreter der Provinzial- und Kreistage auf, sofort schärfsten Einspruch zu erheben. Mit Worten und Versprechungen sei auch den Gemeinde- und Staatsarbeitern nicht mehr gedient. Nur die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft, wie der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, kann als Interessenvertretung für diese Berufsschichten in Frage kommen.

---

**Mansfeld.** Mitgliederversammlung. In der letzten Mitgliederversammlung nahm Genosse Wenscheck in einem Vortrage Stellung zu den letzten Vorgängen in der Politik. In der Diskussion wurde von einigen Genossen angeregt, doch der Einigungsaktion in Berlin, die im Juni stattfindet, näherzutreten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, sondern es soll der Kreisleitung überlassen bleiben, dazu Stellung zu nehmen. Ueber das Verhältnis von Kirche und Staat referierte Genosse Wenscheck, worauf von den Genossen beantragt wurde, aus der Kirche auszuscheiden und die Kinder nicht mehr in den Religionsunterricht zu schicken. Eine Anregung, daß die Bibliothekskommission bald zusammentreten soll, damit die Bibliothek eröffnet werden könne, wurde begrüßt. Es wurde beschlossen, vorläufig die neugegründete Zeitung in Eisleben vom 1. Juli an zu lesen.

**Magdeburg.** Streik in der Metallindustrie. Infolge Lohnstreiks der Heizer sind sämtliche hiesige Großbetriebe stillgelegt worden. Auch die Metallarbeiter beabsichtigen in den Streik einzutreten. Ein endgültiger Beschluß wird heute gefaßt werden.

---

# Stadtverordnetensitzung.

Sitzung vom 16. Juni.

Nach Mitteilung einer Eingabe der Feuerwehrleute, in der sie um Gleichstellung mit den Polizeibeamten ersuchen und einiger kleinerer Eingänge und Anträge berichtete Stadtv. **Finger** über einen von der U. S. P. gestellten Antrag, worin der Magistrat ersucht wird, eine Vorlage für Entschädigung des Lohnausfalles und sonstiger Aufwendungen der **Stadtverordneten** auszuarbeiten. Es werden 5 Mk. Sitzungsgelder und freie Fahrt auf der Straßenbahn beantragt. Der Berichterstatter machte einige recht philosophische Ausführungen. Der Antrag solle nicht bedeuten, daß man von der großen Idee der Städteordnung, „der Mensch lebt für andere," abgegangen sei. Der Vorlage wurde zugestimmt.

Stadtv. **Finger** berichtete sodann über den Antrag der U. S. P. auf

**Haftentlassung des Stadtv. Ferchlandt.**

Er betonte, daß die Stadtverwaltung keine politische Körperschaft sei und hielt eine Vorlesung über die Rechte des Justizministers. Da wir in einem Rechtsstaate leben, dürfe auch der Minister nicht in die Rechtspflege eingreifen. Der Rechts- und Verfassungsausschuß beantrage daher den Uebergang zur Tagesordnung. Die Untersuchungshaft solle aber abgekürzt werden, damit Ferchlandt sein Mandat als Stadtverordneter ausüben könne.

Stadtv. **Albrecht** (U. S. P.) belehrte Herrn Finger, daß die Stadtverwaltung Verwaltungs- und Gesetzgebungsorgan sei. Die Revolution habe mit den alten Rechtsbegriffen aufgeräumt. Eine demokratische Stadtvertretung dürfte gar nicht dulden, daß Mitglieder festgehalten werden. Er und seine Freunde bedauerten sehr, nicht in der Lage zu sein, andere Maßnahmen ergreifen zu können. — Nach dem Vorschlage des Ausschusses ging man zur Tagesordnung über. Die Versammlung sprach aber den Wunsch aus, daß die Untersuchungshaft möglichst gekürzt werde.

Der Antrag auf anderweitige Zusammensetzung der Deputationen wurde abgesetzt. Auf Ersuchen des Stadtv. **Koenen** wurde dann sofort über einen Antrag auf

**Aenderung der Anstellungsbedingungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter**

beraten. Hierzu erläuterte Gen. Koenen folgende Leitsätze: Die neuzeitliche Umgestaltung des inneren Verwaltungsdienstes der Städte erfordern zunächst eine grundsätzliche Neuregelung der Anstellungsverhältnisse sämtlicher Beamten, Angestellten und Arbeiter, wobei folgende Regeln zu beachten seien. 1. Sämtlichen, bei der Behörde beschäftigten Personen sind durch Ausschüsse oder Betriebsräte das Mitbestimmungsrecht über die Anstellungsbedingungen, Neueinstellung, Kündigung, Entlassung, Ausbildung, Versetzung, Beurlaubung, Vertretung, Unterstützung, Sonderentschädigung, Vergütungen, Arbeitszeit, Dienstbetrieb, Geschäftsvertretung, Haftpflicht, Nebenbeschäftigung und Aufrechterhaltung der inneren Dienstordnung sicher zu stellen. 2. Da Angestellte und Beamte an diesen Angelegenheiten gleichmäßig interessiert sind, wird aus ihren Kreisen in gemeinsamer direkter Wahl nach dem Verhältniswahlsystem ein besonderer Ausschuß gewählt, dem der Magistrat alle die Personalverhältnisse betreffenden Vorgänge und Vorschläge vor der Entscheidung zur Stellungnahme vorzulegen hat. 3. Die Klassenteilung in der Beamtenschaft ist möglichst rasch zu beseitigen, so daß nur noch drei Gruppen übrig bleiben: a) Obere oder leitende Beamte, b) Selbstständig arbeitende Beamte und Angestellte, c) Unselbstständige Beamte oder Angestellte. Jedem Beschäftigten wird die Möglichkeit geschaffen werden, nach einem gewissen Bewährungszeitraum in die nächsthöhere Beamtenklasse aufzurücken. Die Klassen der Bureauhilfsarbeiter, Supernumerare, Gemeindebeamten, Kanzlisten und Bureaugehilfen sind zu einer Gruppe zu vereinigen, wobei die Gehälter einheitlich nach Lebensalter und Dienstzeit zu regeln sind. 4. Als Anwärter für den Bureaudienst werden geeignet erscheinende, jugendliche Personen, deren Bewerbungen dem Ausschuß vorzulegen sind, angenommen. Die Anwärter erhalten eine Vergütung, sie werden, je nach Leistung, in zwei oder drei Jahren der Bureaugehilfengruppe zugeteilt. Beförderungen in höhere Stellen erfolgen bei praktischer Bewährung und moralisch einwandfreier Führung in der Regel dem Dienstalter nach, unter Zuziehung des Ausschusses. Auf besonderen Vorschlag des Magistrats oder des Ausschusses kann in beiderseitigem Einvernehmen auch außer der Reihe das Aufrücken befähigter Kräfte eintreten. 5. Prüfungen finden nicht mehr statt. Jedoch soll durch besondere Bestimmungen den Anwärtern und Bureaugehilfen bis zu einer bestimmten Altersgrenze die Teilnahme an Ausbildungskursen für den selbständigen und leitenden Verwaltungsdienst zur Pflicht gemacht werden. Der Ausschuß kann bei seinen Entscheidungen über Personalfragen bei den Kursusleitern Auskunft über die Kursusteilnehmer einfordern. 6. Die Anstellung auf Lebenszeit oder Kündigung darf für die verschiedenen Dienstgrade nicht unterschiedlich geregelt werden. Es ist ein einheitliches Anstellungsverhältnis zu begründen, das die Stadt vor Schädigungen durch unfähige Kräfte schützt, aber andererseits jedem Angestellten eine sichere Existenzgrundlage schafft. — Beurlaubungen erfolgen nicht nach dem Dienstgrad, sondern werden der Zeit nach berechnet, nach dem Lebensalter und der Dienstzeit. 7. Im übrigen stehen dem gewählten gemeinsamen Ausschuß die in den Richtlinien für Beamtenräte festgelegten Rechte zu.

In ausführlicher Weise begründete Gen. Koenen diese Leitsätze. Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen zwingen, diese Neuerungen einzuführen. Das alte Anstellungssystem müsse verschwinden und **jedem** die Gelegenheit gegeben sein, aufzusteigen. Während des Krieges haben auch untere und mittlere Beamte die Arbeit der Sekretär verrichtet. Redner schilderte dann die traurige Lage der Bürohilfsarbeiter, die mit 7 Mark Tagegeld abgespeist werden, wozu eine geringe Zulage komme. Man müsse eben die Beamtenschaft in drei Gruppen einteilen und jedem Beamten Gelegenheit geben die leitenden Stellen zu erreichen. Aber das Prüfungssystem sei dabei vollkommen zu verwerfen. Der Ehrgeiz würde den Zwang zum Lernen ersetzen. Außerdem wurden ja für die jungen Anwärter Kurse eingerichtet, deren Besuch obligatorisch sein müsse. Die Anstellung auf Lebenszeit sei zu verwerfen, der Urlaub dürfe nicht mehr nach dem Dienstgrad, sondern nach dem Dienstalter erteilt werden. Gen. Koenen bat um Annahme seiner Leitsätze, die im Interesse und der Förderung der städtischen Beamten aufgestellt seien.

In der **Aussprache** kam fast allgemein die grundsätzliche Uebereinstimmung der Redner mit den Koenensche Leitsätzen zum Ausdruck. Von bürgerliche Seite stimmte Stadtv. **Balke** in vielem Koenen zu, besonders auch in der Prüfungsfrage, während die Herren **Splett** und **Heine** sich ablehnend verhielten. — Oberbürgermeister **Rive** hielt eine wenig bedeutende Rede und forderte Ausschußberatung. Auch die Rechtssozialisten wünschten die Ausschußberatung, wogegen Genosse Koenen polemisierte. Der Antrag der Unabhängigen Fraktion wurde dann unverändert angenommen, nachdem die Deutschnationalen die Streichung eines Satzes beantragte, die das Mitbestimmungsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter sicherstellen will. Die Leitsätze des Gen. Koenen wurden zur weiteren Beratung dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Stadtv. **Ritter** berichtete über die

**Änderung des Fahrgeldtarifes für die Straßenbahn**

und empfahl die Annahme eines Kompromißantrages des Haushaltausschusses, der besagte, daß der Preis bis zu 3 Teilstrecken 20 Pf. und darüber 25 Pf. betragen solle. Arbeiterwochenkarten sollen 1,50 M., Schülerkarten 1,25 M., Monatskarten 14 M. bis zu 7 Teilstrecken und darüber 22 Mark betragen.

Gen. **Gräfe** sprach für den **Einheitstarif**. Damit würde sowohl die hallesche Bevölkerung wie auch die Fremden einverstanden sein. Durch das Teilstreckensystem sei das Fahrpersonal mit Arbeit überlastet. Der Einheitstarif erleichtere somit den Verkehr. Durch die Verkehrssteigerung werde keine Unterbilanz entstehen. Es braucht ja auch nicht unbedingt ein Überschuß herausgewirtschaftet zu werden. Die Hauptsache sei doch, daß sich Einnahme und Ausgabe decken und die Interessen der fahrenden Bevölkerung gewahrt werden. — Bürgermeister **Seydel** wandte sich gegen den Einheitstarif. Es fahre dann jeder so weit es ihm angenehm sei. Das ist eine sonderbare Verkennung der Aufgaben, die ein modernes Verkehrsinstitut haben muß. Nach einer solchen Auffassung wäre die Straßenbahn nicht für die Bevölkerung da, sondern umgekehrt. Der Einheitstarif liege nicht im Interesse der Bürger und Steuerzahler. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit sei in der Vorlage gewahrt. Verminderte Einnahmen könne die städtische Finanzlage nicht ertragen. — Gen. **Wolf** bemängelte die Langsamkeit des Straßenbahn-Betriebes. Man käme oftmals zu Fuß viel schneller zum Ziele. — Stadtv. **Ritter** hob hervor, daß der Einheitstarif wohl etwas Bestechendes an sich habe, aber aus den bekannten Gründen für Halle nicht eingeführt werden könne. — Stadtv. **Ziegler** sprach für den Vorschlag des Haushaltungsausschusses.

Gen. **Albrecht** legte die Gründe dar, welche die Fraktion der U. S. P. bestimmt habe, den Kompromißantrag zu verlassen und für den Einheitstarif einzutreten. Da Halle keine so großen Strecken habe, wie z. B. Leipzig, so werde sicher mit dem 20 Pf.-Tarif auszukommen sein. Ein Rückgang werde auf keinen Fall eintreten. — Stadtv. **Brettschneider** wünschte, den Dringlichkeitsantrag, das Recht der Lösung von Arbeiterwochenkarten, dahin abzuändern, daß auch Angestellten und Beamten dieses Recht zugestanden werde. Bürgermeister **Seydel** widersprach dem, da die Konsequenzen gar nicht zu übersehen seien. Der Regierungssozialist Stadtv. **Müller** sprach sein Erstaunen aus über den Antrag der Unabhängigen. Auch seine Fraktion sei für den Einheitstarif. Aber nachdem die Unabhängigen für den Haushaltungsvorschlag eingetreten seien, wäre es unverständlich, heute davon abzugehen. Er beantragte, neben den Dauerkarten noch Blocks zum Preise von 10 Mk. monatlich, auszugeben.

Gen. **Bock** erklärte seine Haltung im Ausschuß, wo er beiden Anregungen, dem Einheitstarif wie auch den anderen Lösungen sympathisch gegenüberstand. Er halte die Sache nicht für so wichtig. Wenn aber gerade die Rechtssozialisten hier von Prinzipienfestigkeit schwärmten, so solle man daran denken, wie deren Prinzipienfestigkeit in allen großen Dingen bisher gewesen sei. — Auch Gen. **Albrecht** führte an, daß schon manchesmal eine Fraktion im Plenum eine andere Haltung eingenommen habe als ihre Vertreter im Ausschuß. Herr Müller sprach dann nochmals von der Umlerne-Politik der — U. S. P. Die Rechtssozialisten trieben immer konsequente Politik. (Große Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung ergab sich das überraschende Resultat, daß **alle Anträge abgelehnt** wurden. Der Antrag Gräfe auf Einheitstarif von 20 Pf. wurde mit 27 gegen 26 Stimmen, das Amendement Müller ebenfalls mit 1 Stimme Mehrheit und der Kompromißantrag der Kommission mit 28 gegen 26 Stimmen daraufhin ebenfalls abgelehnt. Logischerweise mußte der Dringlichkeitsantrag Ziegler, der den minderbemittelten Berufstätigen das Recht auf Lösung von Arbeiterkarten gab, ebenfalls abgelehnt werden. Bürgermeister Seydel erklärte, daß der Magistrat jede Verantwortung ablehne, wenn es bei dem jetzigen Zustand bleibe!

Der Magistratsantrag wegen Instandsetzung der Akkumulatorenbatterien des Elektrizitätswerkes wurde angenommen, ebenso die Vorlage auf Aenderung der Friedhofsgebühren, wobei Genosse **Osterburg** einen Vorbehalt für spätere Anträge machte. Auch die Magistratsvorlage auf Aenderung des Ortsstatuts betreffend Krankenfürsorge für Beamte fand die Billigung der Versammlung, dagegen nicht der Antrag **Kleeis** auf Errichtung einer besonderen Stelle zur Ermittelung von Wohnungen, da man sich der Ansicht des Kleinwohnungsausschusses anschloß, daß hierfür das Wohnungsamt geschaffen sei. Der Antrag Kleeis über Grundsätze für Auswahl der zur Erholung ins Ausland gesandten Kinder wurde zurückgezogen, da der Antragsteller durch die Erklärungen des städtischen Jugendamtes in der Presse befriedigt ist. Der Vertreter des Jugendamtes begrüßt es im Interesse der Verhandlungen mit dem Auslande, daß der Antrag zurückgezogen wurde. Der Antrag des Stv. **Ziegler** wegen Vergütung nebenamtlichen Unterrichts wird angenommen, mit einem Zusatzantrag, der die gleichen Forderungen für die kaufmännischen wie für die gewerblichen Fortbildungsschulen stellt. Der letzte Satz, eine besondere Summe für die Jahresstunde festzusetzen, wurde gestrichen.

Es folgte die Beratung verschiedener **Dringlichkeitsanträge**. Gen. **Osterburg** forderte die **Errichtung städtischer Freibäder** in der Saale und begründete den Antrag mit der unbedingten Notwendigkeit, daß auch den Kindern der Nordstadt und des Zentrums Gelegenheit zum Baden in der Saale gegeben werden müsse. Die gesundheitlichen Bedenken, die früher dagegen sprachen, hätten sich verringert. Der Antrag wurde angenommen. Ein Dringlichkeitsantrag, der von Mitgliedern mehrerer Parteien eingebracht war, ersuchte den Magistrat, sofort die Straßenbahnvorlage nochmals einzubringen. Oberbürgermeister **Rive** betonte hierzu, daß morgen oder übermorgen der Etat abgeschlossen würde, soweit er sich auf den Steuersatz beziehe. Bliebe die heutige Ablehnung bestehen, so müsse der **Steuerzuschlag um 40 Prozent erhöht** werden. Gen. **Osterburg** meinte, ein parlamentarischer Lapsus, wie er heute vorgekommen sei, müsse nicht so tragisch aufgefaßt werden (Heiterkeit). Der Dringlichkeitsantrag wurde angenommen. Ein Antrag Brettschneider, der Magistrat [illegible] die Verhandlungen mit den Bureauhilfsarbeitern beschleunigen, da sonst **ein Streik drohe**, wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Zuletzt wurde beschlossen, daß in jedem Wohnraum nur eine Gasflamme oder eine elektrische Lampe brennen dürfe, um der Lichtverschwendung zu steuern. Schluß der öffentlichen Sitzung ½10 Uhr.

Auf der Tagesordnung der **vertraulichen Sitzung** stand die Pensionierung des Polizei-Inspektors Goldmann, die Wiederwahl einiger Schiedsmänner und der Nachtragsvertrag mit dem Gaswerk Giebichenstein. Der Pensionierung Goldmanns mit vollem Gehalt, der im Alter von 73 Jahren steht, wurde zugestimmt.

---

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Juni 1919.

**Aus dem Stadtparlament.**

Die gestrige Sitzung der zog sich bandwurmartig in die Länge und es gab dabei auch einige Ueberraschungen. Darunter verstehen wir allerdings nicht das geschichtsphilosophische Kolleg, das Herr Geheimrat **Finger** den ob seiner Gelehrsamkeit erstaunten Hörern vortrug. Er jonglierte mit Locke und Montesquieu, mit Robespierre und dem Manchestertum, aber er schien uns noch viel eher am Platze als der Rechtssozialist Müller, dessen „geistvolle" Ausführung über Prinzipienfestigkeit aus seinem regierungssozialistischen Munde sehr interessant klang. Leider stand der Stoff, der die unschuldige Ursache für diese bedeutende Entwicklung von Geist war, nicht im Verhältnis zu solchen Reden, denn Herr Finger wollte trotz aller Geschichtsphilosophie nur die Vorlage wegen Aufwandsentschädigung der Stadtverordneten begründen und Herr Müllers „Prinzipienfestigkeit" tobte sich leider nur bei der Straßenbahnvorlage aus. Der wirkliche Höhepunkt der Sitzung war eine Rede des Gen. **Koenen**, der vorbildliche Leitsätze zur Vorlage über Aenderung der Anstellungsbedingungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter begründete. Das war praktische Arbeit gegen den Bürokratismus, für Durchdringung der Verwaltung mit demokratischem Geiste. Hier wurde einmal mit Vorschlägen gezeigt, wie man das Wort „freie Bahn dem Tüchtigen" aus einer Phrase zur Wirklichkeit machen kann. Sogar die Bürgerlichen wagten es nicht, gegen den Geist, der aus diesen Leitsätzen sprach, erhebliche Einwendungen zu machen. Bedauerlich war nur, daß der Magistrat sich geschickt um eine Stellungnahme herumdrückte.

Der weitere Verlauf der Sitzung war eine Strapaze für **alle** Teilnehmer. Der Hauptpunkt der noch zu erledigenden Tagesordnung, die Straßenbahnvorlage, wurde von allen möglichen Gesichtspunkten aus beleuchtet, und als man sich stundenlang unterhalten hatte, ging die Sache aus wie das Hornberger Schießen: Sämtliche Anträge, die Magistratsvorlage, der Kompromißantrag des Haushaltsausschusses, der Antrag unserer Genossen auf Einführung eines Einheitstarifes, Zusatzanträge, Abänderungsanträge, Dringlichkeitsanträge wurden **abgelehnt**. Nach diesem Ausgang war man doch ein wenig ernüchtert, denn das hatte eigentlich niemand gewollt. Es scheint, als ob die Tücke des Objektes unsern Stadtvätern einen Streich gespielt hat. Zum Schluß war großes Aufräumen, denn man wollte die nächste Montagsitzung überflüssig machen. Binnen Kurzem wird die Etatsberatung beginnen.

---

* **Für Mannschaften des Sicherheitsregiments.** Die Auszahlung der Kriegsunterstützung für die **Mannschaften des ehemaligen Sicherheitsregiments** für 1. bis 21. März erfolgt an die Empfangsberechtigten im Bureau des Kriegsfürsorgeamts, Kl. Steinstraße 8, 3 Treppen, Zimmer 126, vormittags von 10 bis 12 Uhr wie folgt: Für die Buchstaben A—F am Donnerstag, den 19. Juni, G—K am Freitag, den 20. Juni, L—P am Sonnabend, den 21. Juni, Q—S am Montag, den 23. Juni, T—Z am Dienstag, den 24. Juni. Zur Empfangnahme sind nur die betreffenden Familienangehörigen, die **Ehefrauen**, Mütter usw. berechtigt. Entlassungsschein und Militärpapiere sind vorzulegen.

* **Schieber- und Tauschgeschäfte.** Anbiete erstkl. Lebensmittel jeder Art gegen Höchstgeb. od. neue Herren- u. Damengard., gr. Fig., gute Stoffe, Pelzi., Goldf., Tee, Kakao usw. Off. unter Nr. Daheim, Leipzig. — Tausche **Butter** gegen gebrauchten, aber noch gut erh. Teppich, 2½×3 Mtr. Ang. unter Nr... Daheim, Leipzig. — Anzeigen dieser Art findet man in der neuesten Nummer des Daheim. In einer anderen Anzeige bietet jemand **rationierte** Lebensmittel zum Tausch an gegen einen — Kinderponywagen! Gibt es unter der „sozialistischen" Regierung keine Behörde, die diesem Treiben endlich steuert? Wie kann ein Familienblatt, das einen großen Teil der evangelischen Geistlichkeit zu seinen Lesern zählt, solchen Angeboten Raum gewähren? Es hat doch sonst, auch im Anzeigenteil, so viel für Sittlichkeit über, daß es z. B. das zu einer Konfektionsanzeige gehörige Bild einer etwas „ausgeschnittenen" jungen Dame im Gegensatz zu anderen Zeitschriften mit einem Spitzeneinsatz versehen ließ, um das Auge seiner Leser nicht zu beleidigen.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr wird Richard Wagners Rheingold wiederholt. Mittwoch Erstaufführung Kümmelblättchen eine heitere Geschichte von Robert Overweg. Donnerstag Martha, Oper von Flotow, Freitag Wilhelm Tell, Sonnabend Der Zigeunerbaron, Operette von Joh. Strauß, Sonntag nachmittag Volksvorstellung Komtesse Guckerl, Sonntag abend 7 Uhr Die Walküre.

* **Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater.** In der nächsten Zeit finden zwei Uebungsabende im Konservatorium statt, und zwar Freitag, den 20. und Dienstag, den 24. Juni. Da Schüler aller Klassen, also auch kleine Schüler, zu Worte kommen, ist der Anfang auf 7 Uhr festgelegt. Interessenten können von Mittwoch ab Eintrittsprogramme im Sekretariat erhalten.

* **Bad Wittekind.** Zum Besten der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen findet morgen, Mittwoch abend 8 Uhr, in Bad Wittekind ein Wohltätigkeits-Konzert von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 statt. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 1.— Mark und für Kinder 50 Pfg. Der gesamte Reingewinn fließt dem Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer zu.

* **Ein fetter Fang.** Auf dem Güterbahnhof wurden mehrere, große Kisten beschlagnahmt, die sehr interessante Füllung hatten. Speck, Butter, Schokolade, Seife, Zwirn und ähnliche sagenhafte Dinge kamen bei näherer Prüfung zum Vorschein und wurden sicher gestellt. All diese Schätze kamen aus Holland und sollten natürlich im Schleichhandel verschoben werden.

* **Bei dem Demonstrationsumzuge** spielte sich vor dem Geschäftshause der Firma Alex Michel ein sehr unangenehmer Zwischenfall ab. Ein junges Mädchen warf, während der Zug vorbei kam, aus den Bodenfenstern des Geschäftshauses mit kleinen Kieselsteinen. Das Personal der Firma Michel bittet uns, festzustellen, daß es für diesen Streich nicht verantwortlich ist. In den Geschäftsräumen der Firma hat das Reichskleiderlager zwei Etagen gemietet, und ein Mädchen vom Personal des Reichskleiderlagers hat diese Steine, nach ihrer Aussage, um eine Freundin zu necken, die im Zuge mitging, geworfen. Das Personal der Firma Michel mißbilligt durchaus diese Handlungsweise!

---

**Zweierlei Maß.**

Am 9. Mai, abends gegen 9 Uhr, wurde im Beisein des Leutnants der Reserve und Landwirts Demisch in **Diemitz** von dessen zukünftigen Schwiegersohn, dem Oberleutnant **Engelhardt**, der Hausmann Dombrow aus Diemitz erschossen, und zwar nicht auf eigenem, sondern auf fremden Boden, angeblich weil er Felddiebstahl begangen haben sollte. Wohl wird Notwehr vorgeschützt aber die Verhandlung wird jedenfalls ergeben, daß dieses nicht zutreffen kann, da der todbringende Schuß aus einer Entfernung von 25 bis 80 Metern abgegeben wurde. Ohne der Verhandlung weiter vorgreifen zu wollen, kann man es aber nicht verstehen, daß dieser Herr jetzt noch — sogar recht selbstbewußt und mit umgeschnallten Degen — frei herumläuft, während man auf der anderen Seite jeden von unsauberen Elementen verdächtigten Genossen ohne weiteres hinter Gefängnismauern setzt. Und noch dazu in einer Zeit, wo gewisse Leute nicht laut genug über Demokratie, Gleichberechtigung, gleiches Recht usw. reden können. Man sieht an diesem Vorkommnis, wie sanft und zart man die Bourgeoisie behandelt, gegenüber der Behandlung derjenigen, die aus idealen Motiven heraus für die Rechte des Volkes eintreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0003

**Walhalla-Operetten-Theater.**
Anfang 8 Uhr.
**Der Flug um die Welt!**
Eine Revue der Liebeleien in 5 Bildern
Musik von Vikt. Holländer
Direktor: Fritz Steidl.
In den Hauptrollen
Grosses Blumenfinale
Gr. Schaumweinballet
Sahib Nadschara
mit ihrem wunderbaren
1836 Dressurakt.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6 Uhr.

**Stadttheater.**
Mittwoch, den 18. Juni 1919, Anfang 7½, Ende geg. 10 Uhr:
**Kümmelblättchen.** 1811
Eine heitere Geschichte von Robert Overweg.
Donnerstag: Martha.

Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater.
Freitag, den 20. Juni 1919, abends 7 Uhr: 1819
i. Saale d. Konservatoriums
— 196. Musikaufführung —
(Uebungsabend.)
Eintrittsprogramme an Interessenten im Sekretariat ab Mittwoch.

**Volkspark**
Burgstrasse 27.
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr:
**Gr. Wagner-Abend.**
Morgen, Mittwoch, den 18. Juni:
**Gr. Walzer-Abend**
des Seifert-Orchesters.
1824 Die Geschäftsleitung.

**Festsäle „Goldener Hirsch".**
Leipzigerstraße 63. Fernsprecher 5983.
Mittwoch, den 18. Juni von nachmittags 6 Uhr an
**öffentlicher Tanz.** 1838

**Oberpollinger**
Heute von 6 Uhr an: 1808
**Grosser Hausball.**
Neueste Tänze. Gute Ballmusik. Ueberraschungen.

**Halles größter Saal**
**Der Heidepark**
Sonnabend, den 21. Juni, für Verein noch frei.
Tel. 2750. 1806 Inh.: Auerbach.

**Hippodrom, Schloss Freiimfelde.**
Morgen, Mittwoch, den 18. Juni, nachm. 4 Uhr:
**Gr. Reit-Sport-Fest**
im Grünen.
Volles Orchester.
1807 Bestes
:: Pferde-Material ::
ff. Speisen u. Getränke.
Eintritt:
Erwachsene 0.50
Kinder . . 0.30
Reitkarten:
Erwachsene 1.00
Kinder . . 0.50

1848 **Schützenhaus Ammendorf.**
Mittwoch **Tanzkränzchen.** Der Vorstand.

**Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14.**
Mittwoch von 5 Uhr an: 535
**Oeffentlicher Ball.**

**Deutsch. Bauarbeiter-Verband**
(Bezirksverein Halle a. S.). 1810
Mittwoch, den 18. Juni cr., abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
**Sitzung der Baudelegierten.**
Auf Baustellen, wo noch kein Delegierter gewählt ist, hat dies sofort zu geschehen.
Der Vorstand. J. A.: Theodor Brauns, Vors.

**Kriegshinterbliebene!**
**Kriegsteilnehmer!**
Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr,
im Goldenen Ring in **Könnern:**
**Oeffentl. Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Dringende Forderungen der Kriegshinterbliebenen und -teilnehmer.
2. Freie Aussprache.
Redner: Kamerad Vietz-Weißenfels.
*1243 Der Einberufer.

**U. S. P. Distrikt Mücheln.**
Sonntag, den 22. Juni cr., nachmitt. 2 Uhr, im Schützenhaus zu Mücheln:
**Mitglieder-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Kreistage. 2. Errichtung eines Arbeitersekretariats. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Mitgliedskarte gilt als Ausweis.
*1246 Die Distriktsleitung.

**Sozialdemokratischer Verein (U. S. P. D.).**
**Ammendorf, Beesen, Planena, Osendorf, Radewell und Burg.**
Donnerstag, 19. Juni, abends ½8 Uhr, im Burgschlößchen:
**Mitgliederversammlung.**
Tagesordnung:
1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung.
2. Bericht des Distriktsleiters.
3. Neuwahl des Distriktsleiters.
4. Vereinsangelegenheiten.
Pflicht eines jeden Genossen und einer jeden Genossin ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch mitbringen.
1821 Die Distriktsleitung.

**Verein „Ansiedlung Ost" Halle**
Donnerstag, den 19. Juni 1919, abends 7 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14: 1831
**Mitglieder-Versammlung.**
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Der Vorstand.

**Proletarier von Halle u. Umgegend**
1800 deckt euren Bedarf an **Fahrrädern und Nähmaschinen**
bei **Wilhelm Weinholz, Schulstraße 13.**
**Reparaturwerkstatt** für Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone aller Systeme.
Bisher langjähriger Mechaniker der Singer-Co.
Oele, Ersatzteile, Nadeln.

**Orpheum**
12 Steinweg 12
Heute neu!
**Der gelbe Schatten.**
Detektiv-Abenteuer in 4 Akten. 1817
Der Detektiv:
**Rolf Leer.**
Höchste Spannung.

**Haben Sie Fritzchen nicht gesehen?**
Filmposse in 3 Akten.
Hauptrolle:
**Arnold Rieck.**
**Orpheum**
12 Steinweg 12

**Holzschuhe**
**Holzpantoffeln**
**Pantoffelhölzer**
empfiehlt
**Max Fricke,** Pantoffel-Fabrik.
Trothaerstr. 69, Telephon 3885
En gros. En detail.

Gebr. Küchenschrank zu verkaufen 1805
Fischerplan 3 III. rechts.

Kommunistische Partei Deutschlands, (Spartakusbund).
**Kanena und Umgegend.**
Mittwoch, 18. Juni, abends 7½ Uhr, im Saale des Herrn Wenkel:
**Grosse öffentliche**
**Volksversammlung.**
Thema:
**Die politische Lage und der Kommunismus.**
Zahlreichen Besuch erwartet *1236
Der Vorstand.

**Magistrats-Bureauhilfsarbeiter u. -Hilfsarbeiterinnen zu Halle a. d. S.**
Unsere nächste **Versammlung** findet am Mittwoch den 18. Juni cr., abends 8 Uhr, im Restaurant Schultheiß, Poststraße, statt.
**Bericht über die Tarifverhandlungen.**
Allseitiges Erscheinen dringend notwendig. 1804

**Hitzefrei!**
**Lüsterjacketts,**
schwarz und farbig.
**Waschjoppen,**
Knaben-Waschanzüge,
in allen Grössen und Preislagen. 1834
Ich führe nur erprobte, gute Waren.
**Otto Knoll Nachf.**
Leipzigerstr. 36,
gegenüber „Rotes Ross".

**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Halle.**

**Der Verkauf von Quark**
erfolgt am Mittwoch, den 18. Juni 1919 auf den Abschnitt 18 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Raft, Schillerstr. 17, Milchhändler Harnisch, Schülershof 11, Milchhändler Bergholz, Weißenburgerstr. 12 und Milchhändlerin Jäckch, Gr. Brunnenstr. 16. Auf jeden Abschnitt wird ⅛ Pfd. abgegeben. Die abgetrennten Abschnite sind bis zum 21. Juni abzuliefern.
Halle, den 17. Juni 1919. Der Magistrat.

**Städtischer Verkauf von Keks an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren u. alte Leute über 70 Jahre**
in der Talamtschule, am Mittwoch, den 18. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine 31 001—38 500 vormittags von 8—12 Uhr und 38 501—44 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Auf jeden Abschnitt O der besonderen Warenbezugskarte für Kinder und auf jeden Abschnitt N der besonderen Bezugskarte für Jugendliche und alte Leute kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ein Paket Keks zum Preise von 39 Pfg. abgegeben werden. Wegen der großen Knappheit an Kupfergeld ist unbedingt abgezähltes Geld bereit zu halten.
Halle, den 17. Juni 1919. Der Magistrat.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Haferflocken am Mittwoch, den 18. und Donnerstag, den 19. Juni abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.
Halle, den 17. Juni 1919. Der Magistrat.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 18. Juni. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen bei welchen sie zum Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Die Abgabe erfolgt unter Abtrennung der Marke 340 des Warenbezugscheines 22. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß (Saal links) binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.
Halle, den 17. Juni 1919. Der Magistrat.

**Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Rohhaar u. Wolle** kauft zu höchsten Preisen
**A. Weise,** 1811
Pelz- und Fellhandlung.
Kannischestr. 1. Tel. 1667

**Möbel-Transporte**
sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus 2
**Albert Ackermann,**
Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

**Kleine Schweine**
hat abzugeb. Gircken, Bennstedt, Kaiserstr. 7. *1235

**Sozialdemokrat. Verein Halle-Saalkreis U.S.P.D.**
**Todes-Anzeige.**
Am Sonntag, 15. Juni, starb unser langjähriges Mitglied, der Gastwirt
**Franz Nitt.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juni, vorm. 11 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes statt.
Ehr seinem Andenken!
Um rege Beteiligung bittet 1833
Der Vorstand.

**Apollo-Theater.**
Heute u. täglich 8 Uhr:
**Die Czardasfürstin.**
Operette v. E. Kalman
**mit Emmy Sturm**
in der Hauptrolle. 1822
Vorverkauf 9-1 u. 5-½7.

**Merseburg**
Gasthof
**„Thüringer Hof"**
Fernspr. 202,
Ecke Weißenfelserstraße,
Haltestelle der Fernbahnen.
Altbekanntes renommiertes U. S. P.-Lokal am Platze,
empfiehlt seinen geräumigen Saal, Garten, sowie Restaurations-Lokalitäten zur gefl. fleißigen Benutzung aufs Angelegentlichste.
Angenehmster *786
— Familien-Aufenthalt. —
Einstellung für mehrere hundert Fahrräder.
Um geneigtes Wohlwollen bittet **Bruno Knoche.**

Sehr guterhaltene Plüschgarnitur (1 Sofa, 2 Sessel),
1 Kinderwagen und 1 Sportwagen sind zu verkaufen.
1802 **Schönbrodt, Dryanderstraße 23.**

**Familien-Nachrichten.**

Am Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, mein guter Vater, Bruder, Schwieger- und Großvater, der Gastwirt
**Franz Nitt**
im 52. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
**Helene Nitt geb. Groß.**
**Gertrud Busch geb. Nitt.**
**Gottfried Busch.**
**Halle,** Taubenstr. 28, den 17. Juni 1919.
Die Beerdigung findet Donnerstag, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. 1814

**Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands.**
**Nachruf.**
Am Sonntag, den 15. Juni, starb unerwartet unser braves Mitglied, der Gastwirt
**Franz Nitt**
im Alter von 52 Jahren.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
1820 Der Vorstand.

**Danksagung.**
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Zimmermanns *1240
**Albert Kundt**
sagen wir allen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, unsern herzlichsten Dank. Dank Herrn Pastor Ganzer für seine trostreichen Worte, sowie Herrn Kantor Fritsche und der Schuljugend von Raßnitz. Vielen Dank seinen Parteigenossen, der U. S. P. zu Raßnitz, für das ehrenvolle Geleit und Niederlegung des schönen Kranzes am Grabe, sowie dem Musikerverein von Wehmar und Umgegend für die schöne Kranzspende. Besonderen Dank Herrn Doktor Märzdorf für seine aufopfernde Liebe und Tätigkeit während der Krankheit unseres lieben Entschlafenen. Nochmals Dank allen Verwandten, Freunden und Bekannten von nah und fern.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
**Frau Wilhelmine Kundt, Raßnitz.**

**Danksagung.**
Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren entschlafenen Tochter *1249
**Minna**
können wir es nicht unterlassen, allen denen, welche ihr während der langwierigen Krankheit so hilfreich zur Seite standen und sie zur letzten Ruhe geleitet haben, nur auf diesem Wege einem jeden einzelnen unseren tiefgefühlten und herzlichsten Dank auszusprechen.
Unterkriegstedt, den 15. Juni 1919.
Im Namen aller Hinterbliebenen
**Die tieftrauernde Familie Hottenrott.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0004

# Kreis-Generalversammlung
## des Sozialdemokratischen Vereins (U. S. P.) für Halle und den Saalkreis.

Im Volkspark tagte am Sonntag, den 15. Juni vormittags 9 Uhr, die diesjährige Kreisgeneralversammlung unserer Wahlkreisorganisation. Anwesend waren 132 Delegierte, 40 Distriktsführer, drei Mitglieder des Vorstandes und sonstige zur Teilnahme berechtigte Vertreter verschiedener Körperschaften — insgesamt 180 Personen. Der Vorsitzende, Genosse **Albrecht**, eröffnete die Verhandlungen mit einigen Begrüßungsworten und erstattete nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten den

**Bericht des Vorstandes.**

Leider sei es, so führte der Berichterstatter aus, diesmal nicht möglich, den Genossen einen ausführlichen Bericht zu geben. Die Krankheit des Genossen Hildebrandt, die Inhaftierung des Genossen Reiwand seien Gründe, wodurch ja auch die bereits im April fällige Generalversammlung habe verschoben werden müssen. Bei der nächsten Generalversammlung, im Juli oder August, werde sicher ein umfassender Bericht gegeben werden können. Die letzte Generalversammlung am 3. November habe noch unter dem alten Regime getagt. Die am 9. November einsetzende sogenannte Revolution sei nur eine militärische Revolte gewesen. Die Soldaten hätten nicht mehr mitgemacht, da sie zu der Einsicht gekommen waren, daß sie keinen Verteidigungs-, sondern einen Eroberungskrieg führen müßten. Das deutsche Volk sei nicht vorbereitet gewesen auf eine Revolution. Die Pressezensur, der Burgfrieden habe ein Atmosphäre geschaffen, in der das deutsche Volk nicht zur Revolution heranreifen konnte. Die Zahl der wirklich revolutionär Gesinnten sei nur gering gewesen, da wir über vier Jahre verhindert worden seien, revolutionäre Gedanken in die Massen zu tragen. Der Referent geißelte dann das Verhalten der Regierungssozialisten, besonders ihren Verrat an den Beschlüssen des Stuttgarter internationalen Kongresses. Der Vorstand habe nach besten Kräften für politische Aufklärung gesorgt. Von der Preß- und Versammlungsfreiheit, die die Revolution gebracht habe, sei weitgehender Gebrauch gemacht worden. Am 9. November sei der A.- und S.-Rat geschaffen worden, der sofort seine Tätigkeit aufgenommen habe. Der später gebildete Bezirks-A.- und S.-Rat habe die Kontrolle über die alten bureaukratischen Behörden ausgeübt. Leider seien diese Einrichtungen durch die Gegenrevolution und die verräterische Politik der Rechtssozialisten fast zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Unsere Mitgliederzahl, die durch Einziehung zum Kriegsdienst auf ungefähr 2500 zurückgegangen war, habe sich während der Revolution nicht nur auf den früheren Bestand vor dem Kriege, sondern weit darüber hinaus erhöht. Am 1. April 1914 hatten wir: männliche Mitglieder 7292, weibliche Mitglieder 1138, zusammen 8430. Am 31. März 1919 hingegen: männliche Mitglieder 10 000, weibliche Mitglieder 2500, insgesamt also 12 500 organisierte Parteigenossen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder sei viel zu gering. Hier müßten die Genossen bei der Agitation besonders einsetzen. Zum Kriegsdienst waren etwa 5000 unserer Mitglieder eingezogen gewesen, wovon uns etwa 700 als gefallen gemeldet worden sind. Leider sei der Verlust der Todesopfer damit noch nicht erschöpft, da es ein großer Teil der Angehörigen unterlassen habe, uns von dem Verlust ihrer Väter, Söhne usw. zu benachrichtigen. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der gefallenen Genossen von den Plätzen. Die meiste Zeit in den verflossenen 6 Monaten sei mit Wahlarbeit ausgefüllt worden. Nationalversammlungs-, Preußen-, Stadtverordneten- (doppelt) und Arbeiterratswahlen hatten ungeheure Anstrengungen erfordert, aber auch ungeheure finanzielle Opfer. Hierbei müsse anerkannt werden, daß unsere Mitglieder stets opferwillig und bereit waren, uns die nötigen Mittel zuzuführen. Von der Beteiligung an der Agitation könne das leider nicht in allen Fällen gesagt werden. Verloren wir doch bei den letzten Stadtverordnetenwahlen ein Mandat dadurch, daß uns 4 Stimmen fehlten. Bei der Wahl zur Nationalversammlung erzielten wir in Halle-Saalkreis rund 43 000 Stimmen; bei der Preußenwahl 37 000 Stimmen; bei den Stadtverordnetenwahlen 32 000 Stimmen. Auch bei den Gemeinderats- und Kreistagswahlen erreichten wir sehr gute Erfolge. Wir zogen in fast allen Orten des Wahlkreises in die Gemeindevertretung ein. In vielen Orten erreichten wir die Mehrheit der Vertreter. Auch unser Kampfesorgan, das **Volksblatt**, habe in dieser Zeit glänzende Erfolge erzielt. Die Abonnentenzahl sei von etwa 27 000 auf einige 60 000 gestiegen. Ein Zeichen, daß die Mitglieder und Leser auch mit dem Inhalt desselben einverstanden seien. Klagen gingen allerdings täglich ein. Aber die seien in den schlimmen Verhältnissen, wie Gassperre, Papierknappheit, begründet. Möge auch der neue Vorstand auf dem Boden weiterarbeiten, den die bisher in Tätigkeit gewesenen Genossen vearbeitet hätten.

In der **Aussprache** wandte sich Genosse **Kürbs** mit scharfen Worten gegen das Auftreten von Barth. Diesem Vorgange habe auch Noske seinen billigen Erfolg in Weimar zu verdanken. Die Erklärung des Parteivorstandes sei nicht so gehalten, daß man sagen könne, solche Leute seien für immer von uns abgeschüttelt. Auch die „Einigungs"-konferenz sei zu bekämpfen. Die U. S. P. dürfe sich nicht daran beteiligen. Eine solche Politik komme nur den Kommunisten zugute. Er stelle deshalb einen Antrag und hoffe auf einstimmige Annahme. Genosse **Koenen** erklärte sich mit dem Grundton des Antrages einverstanden und ging näher auf den Fall Barth ein. Er streifte die politische Lage, die im Osten auf einem kritischen Punkt angelangt sei. Sodann ging er auf den Einigungskongreß ein und zerstörte den Schwindel von Däumigs Referat daselbst. Der einzige, der dort wirklich referiere, sei **Ströbel**, und der könne sich ruhig zu Bernstein gesellen. Der Weimarer Parteitag der Abhängigen beweise wieder, daß die alten abhängigen Drahtzieher noch ihre politischen Geschäfte machen. Die Politik der Abhängigen werde noch weiter nach rechts gehen und die Massen in unsere Arme treiben. — Genosse **Mößlein** sprach für die Einigung der Arbeiterschaft. Er vermisse aber ein klares Programm. — Genosse **Albrecht** verwies auf das Erfurter und das neue Aktionsprogramm der U. S. P. — Genosse **Jänicke** empfahl die Resolution von Kürbs. Die Einigung könne nur kommen, wenn die noch rechtsstehenden Arbeiter sich zur U. S. P. bekennen. — Genosse **Koenen** meinte, daß das Erfurter Programm von allen drei sozialistischen Gruppen beansprucht werde. Wir wollen sofort sozialisieren. Es sei eine politische Kinderei, zu glauben, daß die Kapitalisten an der Befreiung der Arbeiterklasse mitarbeiten wollten. Um zum Sozialismus zu kommen, brauchen wir die Diktatur des Proletariats in der Gestalt des Rätesystems. — Gen. **Dörr** charakterisierte die Einigungsapostel Bernstein und Gadeck. — Gen. **Bock** schlug für die Entschließung eine andere Fassung vor, die dann auch in folgender Form einstimmig angenommen wurde:

„Der heute, am 15. Juni, im Volkspark zu Halle stattfindende Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins der U. S. P. von Halle und dem Saalkreis erhebt **energischen Protest** gegen das eigenartige Gebaren verschiedener führender Parteigenossen, Politik auf eigene Hand zu treiben. Erstens verurteilen wir, sich mit Führern der Regierungssozialisten an einen Tisch zu setzen und auf diese Weise den Massen Einigung zu predigen, ohne sich vorher des Volkswillens zu vergewissern. Zweitens verurteilen wir es aufs schärfste, sich soweit zu vergessen, mit den Massenmördern des revolutionären Proletariats, den Führern der Noskegarde vom Berliner Edenhotel zu verhandeln und damit die gesamte Partei schwer zu schädigen.

Ein solches parteischädigendes Vorgehen verurteilen die Hallischen Mitglieder der U. S. P. aufs schärfste. Sie erwarten vom Parteivorstand, daß er Barth und Genossen kräftig abschüttelt, nicht den geringsten Zweifel darüber läßt, daß er mit einer solchen schimpflichen Politik nicht das geringste zu tun hat und ihren Urhebern ein für allemal die Möglichkeit nimmt, in der Partei noch irgendeine führende Rolle zu spielen. Die Hallischen Parteigenossen fordern nachdrücklichst, daß der Parteivorstand nach dieser Richtung eine unzweideutige und entschiedene **öffentliche** Erklärung abgibt. Für den Fall, daß der Parteivorstand nicht mit noch größerer Unzweideutigkeit als bisher von Barth und Genossen abrückt, behalten sich die Hallischen Parteigenossen alle weiteren Schritte vor.

**Ueber Organisation und Agitation**

referierte Gen. **Reiwand**. Er zeigte die geschichtliche Entwicklung der Agitations- und Organisationsarbeit auf und behandelte dann die durch die Revolution erwachsenen Aufgaben. Er empfahl auch, die Intellektuellen heranzuziehen: Lehrer, Techniker und Künstler. Ueber Bildungs- und Erziehungsarbeit machte er längere Ausführungen. Zu der Wohnungsfürsorge, Armenpflege und allgemeiner Erziehung müßten die Frauen besonders herangezogen werden. Der Jugendbewegung müsse mehr Sorgfalt gewidmet werden. Die Einführung der schon beschlossenen Straßenvertrauensmänner werde sicher die Parteiorganisation stärken. Zu dem Antrage, den Parteivorstand zu erweitern, bemerkte er, daß die Redaktion und die Stadtverordnetenfraktion darin vertreten sein müsse. Um die Reorganisation durchzuführen müßten neue Einnahmequellen erschlossen werden. Ob das auf dem Wege der Beitragserhöhung oder durch Extrabeiträge geschehen solle, bleibe den Genossen überlassen. Neue Mitglieder zu werben und sozialistisch zu erziehen, das sei die nächste Aufgabe.

Genosse **Scholem** sprach in der Diskussion für den Antrag des 16. Distrikts, der die Einführung einer siebengliedrigen Kommission fordert, die die Aufgabe hat, alle Fragen der Jugendorganisation zu prüfen und eine klare Stellungnahme der Partei zu der Freien sozialistischen Jugend festzustellen. Nicht um eine neue Bewegung handelt es sich, sondern um den Versuch, ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der durchaus selbständigen Freien sozialistischen Jugendbewegung zu ermöglichen. Mit scharfen Worten rügte der Redner die schweren Fehler, die auf diesem Gebiete von der Partei begangen worden sind. Man habe die Jugend vor den Kopf gestoßen und könne sich nicht wundern, wenn nun die selbständige Jugend dem Bevormundungssystem den Rücken kehre. Man müsse den Antrag annehmen, wenn man ein Interesse am revolutionären Nachwuchs habe. — Gen. **Hoffmann** machte dem Vorstande den Vorwurf, die unhaltbaren Zustände im Parteisekretariat nicht beseitigt zu haben. Auch vermisse er beim Vorstande jede Initiative. Bei dem letzten Streik habe die Organisation einfach versagt. Deshalb befürworte er den Antrag des 13. Distrikts, der die Umgestaltung des Sekretariats zum Ziele habe. — Gen. **Herwig** wünschte, daß man der Jugend nicht nur mit geistiger Kost, sondern auch mit Körperpflege dienen müsse. — Gen. **Kronberg**-Wettin trat für den Antrag des 13. Distrikts ein. — Gen. **Banse** sieht die Schuld für die Unzufriedenheit der Genossen in der Taktik der Leitung und in der Ueberlastung mit Ehrenämtern. Er erklärte sich sowohl für den Antrag des 13., wie auch des 12. Distrikts, der die Beitragserhöhung fordert. Er trat ferner für Schaffung eines Fonds für politische Kämpfe ein. — Gen. **Riebenstahl** trat für die Aenderung des § 10 der Satzungen ein, statt **Mitglieder**versammlung **Distrikts**versammlung zu setzen. — Nachdem noch **Hennike** für den Antrag des 13. Distrikts gesprochen und **Weber** den Vorwurf der Unfähigkeit der Angestellten im Sekretariat zurückgewiesen hatte, begrüßte Kürbs den Antrag des 10. Distrikts. Er kritisierte scharf die Haltung des Vorstandes bei dem Demonstrationsstreik. — Gen. **Kutscher** wandte sich scharf gegen die Führerpolitik und monierte, daß der Parteisekretär so viele Aemter hat. Man solle auf neue Kräfte zurückgreifen, welche genügend vorhanden seien.

Folgende **Anträge** sind eingegangen:

Antrag **Riebenstahl**: Beantrage hiermit, daß von der Partei angestellte Genossen sich lediglich der Arbeit ihres Postens zu widmen haben und mit der Erledigung anderer Aemter nicht zu belasten sind.

Antrag **Koenen**: Die Kreis-Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins erwartet von den Arbeiterinstitutionen (Unternehmungen, Gewerkschaften und Genossenschaften), daß sie auf Verlangen der Stadtverordneten- oder Gemeindevertreterfraktion ihre Angestellten für kommunale Ehrenämter (Stadträte oder Gemeindevorstände) freistellen. Den betreffenden Genossen ist auch für ihre stark eingeschränkte Tätigkeit ihr Gehalt für ihre Stellung weiter voll auszuzahlen, und zwar so lange, bis die Besoldung oder teilweise Entschädigung ihrer neuen kommunalen Tätigkeit geregelt ist.

Antrag **Illgenstein**: Der Bezirksvorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen: Dem nächsten, am 29. Juni stattfindenden Bezirkstag vorzuschlagen, zum Ausbau des Bezirkssekretariats 10 Prozent der Einnahme aus Mitgliederbeiträgen an den Bezirk abzuführen. Der Bezirksvorstand bittet um prinzipielle Zustimmung.

**Sachse**-Nietleben meinte, daß die Genossen mal erst in ihren eigenen Familien mit der Agitation beginnen sollten. Man solle das Grundübel beheben, daß, wie seit Jahrzehnten, die Masse der Genossen nur die Kleinarbeit verrichte, während die Akademiker ihre Führerpolitik machten. Gen. **Böttge**-Bernburg brach eine Lanze für das Parteisekretariat. Dort sei eine unendliche Arbeit geleistet worden, und auch die Hilfsarbeiter hätten nicht nur Marken geklebt, sondern alles im Gange gehalten und täglich oft 15 Stunden gearbeitet. Ferner teilte er mit, daß Genosse Kilian, den er vor einigen Tagen gesehen habe, sich den Umständen nach wohl befinde. Wenn Gen. Reiwand wirklich so viele Posten habe, so beweise das eben immer wieder, daß er alle seine Kräfte in den Dienst der Partei stelle. — **Zuleger**-Lochau betonte die Notwendigkeit der Betriebsversammlungen, zu denen man auch die jungen Leute heranziehen sollte. Der Vergrößerung des Vorstandes stehe Redner sympathisch gegenüber.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt worden war, wurde die Redezeit zuerst auf 10, dann auf 5 Minuten eingeschränkt.

Gen. **Peters** kritisierte die Parteileitung. **Schiepe**-Ammendorf sprach über die Kleinarbeit in den ländlichen Distrikten, welche anders zu bearbeiten seien als die städtischen. Deswegen müsse der Vorstand zur Hälfte aus den ländlichen Distrikten genommen werden. — Gen. **Binner** wendete sich gegen den Antrag, die „Kämpferin" obligatorisch für die Frauen einzuführen. Es müßte dann der Mitgliederbeitrag erhöht werden, was auch nicht angebracht sei. Die Frau, die durch das Volksblatt nicht aufgeklärt würde, die läse auch keine Frauenzeitung. (Sehr richtig!) — Gen. **Schade** nahm die angegriffenen Parteisekretäre in Schutz und erklärte, daß diejenigen Schuld an den Mißständen hätten, welche die Sekretäre immer mit neuen Aemtern belastet hätten. — Auch Gen. **Jänicke** wehrte sich gegen übertriebene Vorwürfe. Das Sekretariat würde von den anderen Körperschaften nicht unterstützt. Gen. **Günther** beschäftigte sich gleichfalls mit den Verhältnissen im Sekretariat, wo Arbeitsteilung eingeführt werden müsse. Arbeiterratsmitglieder könnten sehr wohl Stadtverordnete sein, um ihre praktische Erfahrung auch in dieser Stellung zu verwerten.

Es läuft folgender Antrag **Hoffmann** ein: Die Versammlung wolle beschließen: Im Interesse der Parteiarbeit ist es notwendig, daß das Sekretariat während der Dienststunden stets von einem Sekretär oder von einer Person, welche die Verantwortung eines Sekretärs besitzt, besetzt ist.

Nach Ausführungen des Gen. **Wolf**-Ammendorf, der den Antrag auf paritätische Zusammensetzung des Vorstandes aus Stadt und Land begründete, betonte Gen. **Bock** die Notwendigkeit, daß eine organisatorisch befähigte Kraft auf dem Sekretariat nötig sei. — Nach Ausführungen der Gen. **Kürbs** und **Binner** ergreift noch einmal Gen. **Bock** das Wort und verlas eine inzwischen bekanntgewordene Erklärung des Zentralkomitees über den Fall Barth. Die Genossen sollten sich äußern, ob sie trotzdem noch die Resolution Kürbs aufrechterhalten wollten. — **Kürbs** ersuchte, trotz dieser Erklärung die Resolution bestehen zu lassen, was auch geschah.

Gen. **Reiwand** ergriff das Schlußwort: Die Sekretäre und Hilfskräfte seien überlastet gewesen und hätten nichts vom Achtstundentag gemerkt. Man habe aber gern gearbeitet, da endlich einmal der Sozialismus seinen Siegeslauf begann. Aber es standen uns nicht genug geeignete Kräfte zur Verfügung. Die Ersatzkräfte müßten auch erst herangebildet werden, und das Sekretariat war bemüht, genug Redner heranzuziehen. Aber die Ortschaften verlangten immer Paradepferde, und das sei auch jetzt noch nicht anders geworden. Man könne nicht den Redakteuren zumuten, neben ihrer angestrengten Tätigkeit fürs Volksblatt dauernd Vorträge zu halten. Wo seien denn die Ersatzkräfte? Der Bildungsausschuß müsse hier mit seiner Tätigkeit einsetzen. Man habe auch die Arbeit des Bezirkssekretariats, die keine geringe gewesen sei, mit erledigt. Es handle sich bei seinen Ausführungen nicht um Neues, aber es müsse endlich mal alles getan werden, auch die alten Wünsche zur Tat werden zu lassen. Auf dem Bureau müsse einer die Leitung haben. Wegen Freilassung der Genossen Kilian und Ferchlandt sei alles getan worden, was möglich war.

Es wurde dann zur **Abstimmung** über die gedruckt vorliegenden **Anträge** geschritten, wobei sich noch eine rege Spezialdiskussion entwickelte. Das Gebiet der Organisation und der Agitation berührend, wurden folgende Anträge des 13. Distrikts angenommen:

1. Umgestaltung und Neuorganisierung des Parteisekretariats. Hierzu wurde der Antrag Hoffmann angenommen.

2. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pf. zu erhöhen, daß die Kosten für den Druck des Mitgliedsbuches, den der Statuten und für Schreibgebühren gedeckt werden. Das Eintrittsgeld wird sofort bezahlt.

Nietleben: Die Beiträge sind auf 20 Pf. für die Woche zu erhöhen.

Distrikt 9a: Mit der Aufnahme der Rednerkurse ist schleunigst zu beginnen. Der neue Vorstand ist aus sieben Personen zusammenzustellen, und zwar: 1. und 2. Vorsitzenden, einem Kassierer, einem Schriftführer, drei Beisitzern. Darunter soll mindestens eine Genossin sein.

Auf dem Gebiete des **Bildungswesens** und der **Jugendbewegung** wurde folgendes beschlossen:

Distrikt 13: Die Kreis-Generalversammlung wolle beschließen, den Bildungsausschuß unverzüglich wieder ins Leben zu rufen. Die Einführung von Rednerkursen zwecks Heranbildung von Referenten und diese Kurse dem neuzuwählenden Bildungsausschuß mit zu übertragen.

Distrikt 20: Der Vorstand wird beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, um Lehrkurse für befähigte Genossen und Genossinnen einzurichten.

Distrikt 16: Die Generalversammlung möge eine siebengliedrige Kommission einsetzen, welche die Aufgabe hat, alle Fragen der Jugendorganisation zu prüfen und eine klare Stellungnahme der Partei zu der Freien Sozialistischen Jugend festzustellen. In diese Kommission sind möglichst Genossinnen und Genossen zu entsenden, die organisatorische Erfahrung in der Jugendbewegung besitzen.

Anträge allgemeinen Inhalts:

Distrikt 6: Die Generalversammlung der U. S. P., als Vertreterin des größten Teiles der werktätigen Bevölkerung Halles, möge dagegen **protestieren**, daß Halle als dauernder Sitz der Nosketruppen ausersehen wird. Die Generalversammlung protestiert gegen jeden Versuch, die kommunalen Arbeiterräte zu beseitigen. Sie sieht in den Arbeiterräten die wirksamste Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft und warnt die bürgerlichen Kreise vor einem derartigen Schritte, der die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen zur Folge haben könnte.

Distrikt 12: Es sollen energische Schritte unternommen werden für die Freilassung der Genossen Kilian und Ferchlandt.

Zur **Pressefrage** wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der die Auflösung der G. m. b. H. Volksblatt und Ueberweisung des Vermögens an den Sozialdemokratischen Verein (U. S. P.) fordert. Ein anderer Antrag, zu untersuchen, ob man nicht das Volksblatt in zwei Ausgaben herausgeben könne, wurde der Preßkommission überwiesen. Dem Vorstand wurde noch eine Reihe anderer Anträge überwiesen. Der Antrag Riebenstahl wurde abgelehnt, der Antrag Koenen dagegen angenommen.

Darauf wurden die

**Wahlen**

vorgenommen. Zum 1. **Vorsitzenden** wurde einstimmig durch Zuruf der Redakteur am Volksblatt, Gen. **Kasparek**, gewählt. 2. Vorsitzender wurde Franz **Peters**, Schriftführer Franz **Müller** und weibliches Vorstandsmitglied Genossin **Krüger** (Stellvertreterin Genossin **Binner**). Beisitzer sind die Genossen **Schiepe**-Ammendorf, **Kohl** und **Freundlieb**, Revisoren Rickwardt, Kutscher und Aderhold. In die Preßkommission wurden gewählt: Riebenstahl, Vetter, Matthes, Mehlgarten, Herm. Krüger, Lutze und Schunke. Jugendkommission: Scholem, Herwig, Kohl, Müller, Dörr-Ammendorf, Hallupp und Genossin Marie Schmidt; Bezirkskommission: Albrecht-Könnern, Banse und Illgenstein; Bildungsausschuß: Radegast, Hertel, Scholem, Dörr. Weitere fünf Mitglieder dieser Kommission werden vom Gewerkschaftskartell gestellt. Als Delegierte für den am 29. Juni tagenden Bezirkstag wurden die Genossen Wolf-Radewell, Hermann Fischer, Mendorf, Franz Müller und die Genossin Krüger gewählt.

**Den Bericht der Preßkommission**

gab Gen. **Weber**, der auf die Schwierigkeiten hinwies, welche sich immer noch aus den unklaren Verhältnissen ergeben. Die Bücher sind durch einen vereidigten Revisor geprüft und für richtig befunden worden. Beschwerden über die Haltung des Blattes sind nicht eingelaufen, ein Beweis, daß die Redaktion ihrer Aufgabe durchaus gerecht wurde. Dagegen sind mehrere Beschwerden über den Inseratenteil gekommen. Gen. Weber ist der Ansicht, daß man Anzeigen, die nicht gerade unsittlichen Inhalt haben, aufnehmen könne. Dieser Meinung traten nachher mehrere Genossen entgegen, welche die Grenze dessen, was ein unabhängig sozialistisches Organ aufnehmen kann, doch etwas enger ziehen möchten. — Gen. **Schade**, als Vertreter des Verlags, machte einige Mitteilungen geschäftlicher Natur und wies auf die Schwierigkeiten hin, die dem Betriebe erwachsen sind. Es seien aber großzügige, neuzeitliche Reformen technischer Natur im Gange. Die Auflage des Volksblattes beträgt jetzt 62 000 Exemplare gegen 27 000 im November. Die Anforderungen, welche an das gesamte Personal gestellt würden, seien ins Ungeheuerliche gestiegen. — Gen. **Bock** schilderte in anschaulicher Weise die Schwierigkeiten der verschiedensten Art, die sich der Redaktion in täglich neuer Form entgegentürmten. Ihm pflichtete Gen. Kasparek bei, der von der neugewählten Preßkommission forderte, daß sie keine Mittel unversucht lassen möge, das Volksblatt, entsprechend seiner Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0005

deutung als größtes Organ des Bezirkes Merseburg, aktueller zu gestalten. Die Arbeit der Redakteure sei unter den jetzigen Zuständen im Betriebe keine angenehme. Die Genossen Riedenstahl und Elitzki besprechen verschiedene Mängel im technischen Betriebe, während die Genossen Schade und Naus die zum Teil scharf angegriffene Geschäftsleitung der Druckerei verteidigten. Gen. Mendorf äußerte sich gleichfalls kurz zu dieser Angelegenheit. Trotz der sehr vorgerückten Zeit bekundeten die Delegierten ein großes Interesse für die weitere Ausgestaltung ihres Kampforgans. Nach einem kurzen kernigen Schlußworte schloß Gen. Albrecht mit Dankesworten für die dem alten Vorstand gewährte Mithilfe die Generalversammlung.

# Parteitag der S. P. D.

Weimar, 14. Juni. Die heutige Sitzung beginnt mit zwei bemerkenswerten Vorfällen. Bernstein bittet dringend, seine Auslandspolitik-Resolution nachträglich zur Abstimmung zu bringen; sie wurde bekanntlich durch die Annahme der Gegenresolution ohne Abstimmung erledigt — im Interesse nicht seiner Person, sondern der

**Wirkung auf die Internationale**

willen. Umsonst, der Vorsitzende erklärt: Unzulässig! und der Parteitag schweigt. Ebenso geht es der von Grelling vertretenen Forderung, in der Debatte über Löbes Bericht, abwechselnd einen Redner der Mehrheit und der Opposition sprechen zu lassen. Löbe wendet sich heftig dagegen, daß sich eine Opposition von 20 Mann, Neulingen und solchen, denen man es nie recht machen konnte, in Sonderkonferenzen organisiere. Davidsohn fordert das Recht der Aussprache. Schiller-Hamburg benutzt die Gelegenheit, von der organisierten Opposition abzurücken. Der Präsident läßt nicht abstimmen und der Parteitag nimmt das ruhig hin.

Die Debatte bringt eine bemerkenswerte Rede des Wirtschaftsministers Wissell, die mit einer scharfen Kritik der Nationalversammlung beginnt. Sie werde in der Geschichte fortleben als zweite Auflage der unglückseligen 48er Versammlung. Das Kompromißprogramm, das der Koalition mit den Bürgerlichen zugrunde gelegt wurde, macht uns

**handlungsunfähig.**

Nur unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe bekamen wir das Sozialisierungsgesetz durch und seit den Münchener Tagen stemmt sich das Bürgertum uns aufs neue entgegen. Aber leider auch in der Arbeiterschaft wird oft mehr an ökonomische Vorteile gedacht als an das sittliche Prinzip des Sozialismus. Die Kriegsarbeit, das Beispiel der großen Kriegsgewinne der Unternehmer wirke auf die Arbeiter. Viele Betriebe hätten sozialisiert werden müssen, aber die Aufgabe ist sehr schwierig. Jetzt würde die Sozialisierung des Bergbaus nur dem Sozialismus schaden. Bei der ungeheuren Erhöhung der Preise müßten wir die Gruben zu dreifachem Preise kaufen. Die allgemeine Verarmung werde einen

**Steuersatz von 300 Mark auf den Kopf,**

auf die fünfköpfige Familie von 1500 Mark bedingen. Wie könnte das ein Arbeiter aufbringen? Durchgreifende Vermögensabgaben müssen kommen. Der Ernährungsminister muß jetzt Lebensmittel kaufen, die wir erst mit der Arbeit des nächsten Jahres bezahlen können. (Kundgebung des Mißfallens am Regierungstisch; Scheidemann ruft: „Weshalb das sagen?" Wir können nur existieren, wenn wir die Wirtschaft planmäßig siedgern. Nicht Privatwirtschaft, sondern Gemeinwirtschaft.

Der Antrag 351 von Braun muß unterstützt werden. (Längerer starker Beifall.)

Diese Rede ruft zwei Minister gegen Wissell auf den Plan. David fragt ihn mit Schärfe, welche Anregungen er im Kabinett gegeben habe, denen nicht Folge geleistet wäre. Es seien keine. Die Zerrüttung der Verhältnisse, die Verschleppung des Friedens verhinderten die Aufstellung eines Wirtschafts-Programms. Die Demokratie sei ein großer Gewinn. Wenn sie nicht genügend ausgenutzt werde, so liege das an der politischen Rückständigkeit des Volkes. Die Arbeiter sehen in der Revolution eine große Lohnbewegung.

Schmidt behauptet gegen Wissell, daß wohl ein Wirtschaftsplan dagewesen sei. Wissell habe gerade auf dem Gebiete der Sozialisierung viel versäumt und wolle vornehmlich Rohstoffe statt Lebensmittel eingeführt wissen. Die Sozialisierung, wie Wissell sie plane, würde kapitalistische Formen fördern, anstatt die Vollsozialisierung zu bringen. Die andern Redner erklären sich meist für Wissell und erheben teils heftigen Einspruch gegen David, der die Lebensmittelnot der Arbeiter nicht zu würdigen wisse. Eine Resolution Braun, die Sozialisierung fordert, wo sie möglich ist, und, wo noch nicht möglich, eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßige Gemeinwirtschaft, ferner zur allmählichen Ueberführung von Produktionsmitteln in Gesamteigentum, Beteiligung des Reichs, die bei der Vermögensbesteuerung durchzuführen, sowie Mitbestimmung und Verantwortlichkeit der Arbeiter neben den Unternehmern durch Räte, die also im wesentlichen dem Wissellschen Vorschlagen entspricht, wird von Hoch empfohlen, der Wissell verteidigt. Wenn es unfähig sei, dann allerdings weg mit ihm. (Scheidemann ruft: „Niemand sagt, daß er ganz unfähig ist!) Hermann Müller (S.-P.) wendet sich gegen Wissells Flucht in die Oeffentlichkeit und den Antrag, seine Rede zu drucken. Zur Resolution über die lettisch-estnische Frage erklärt er, daß die Beschwerden über Beteiligung deutscher Truppen am Kampfe gegen die Letten durch eine Deputation dortiger Genossen festgestellt werden sollte.

**Uebergriffe deutscher Offiziere**

seien dort vorgekommen und entschieden zu verurteilen. Die übrigen Redner bringen Spezialforderungen für Beamtenorganisation, Begerwerksfozialisierung vor. Molkenbuhr nennt Ballods Sozialisierungs-Programm utopisch. Die Debatte schließt. In persönlicher Bemerkung stößt Wissell noch einmal mit Schmidt heftig zusammen. Er sei nicht gegen Lebensmitteleinfuhr, wolle aber auch Rohstoffe eingeführt wissen. Bedenklich sei die starke Ausfuhr von Gold für Lebensmittel. Schmidt bestritt alles. Es folgt die

**Abstimmung über die Anträge.**

Angenommen wird einer für die Einheitsrepublik gegen eine Stimme; einer für Verbesserung der Lebensmittelversorgung, der obenerwähnte Antrag Braun zur Sozialisierung. Abgelehnt wird ein Antrag Grelling, der die

**Bildung einer rein sozialistischen Regierung**

mit den Unabhängigen zur schnellen Durchführung der Sozialisierung fordert und eventuellen Rücktritt aller sozialistischen Minister, wenn die Bürgerlichen die Anerkennung dieser Regierung verweigern. Ebenso abgelehnt wird der Antrag, die Rede Wissells als Broschüre herauszugeben. Es wird das Ergebnis der Parteivorstandswahl verkündet. Es wurden gewählt Müller mit 373, als mit 291 Stimmen zu Vorsitzenden, Bartels mit 374 Stimmen zum Kassierer, Pfannkuch, Braun, Scheidemann, Molkenbuhr und Heinrich Schulz zu Sekretären, Frank, Ritter und Ruemeck zu Beisitzern. Bemerkenswert ist, daß Scheidemann nur 352 Stimmen, Schulz nur 347, Braun 351 Stimmen erhielten bei 376 gültigen.

Es folgt das Referat Singheimers über

**Rätesystem und Reichsverfassung.**

Er legt eine längere Resolution vor, die im wesentlichen die Bestimmungen des Reichsverfassungsentwurfs über die Arbeiterräte und über die Berufsgemeinschaften mit Wirtschaftsräten zum Vorbild nimmt. Die Betriebsarbeiterräte sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen den freien Berufsverbänden überlassen und ihre Kontrollrechte in den Betrieben in Uebereinstimmung mit diesen Organisationen ausüben. Die Wirtschaftsverfassung soll die politische Demokratie ergänzen. Sie soll zur Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers führen. Das kann aber nicht durch die Räte, sondern nur durch den Staat geschehen. In der Gesetzgebung sollen die Räte das Recht der Beratung und des Vorschlags haben, in der Verwaltung das Recht zur Information und Beschwerde. Eine berufsständische Kammer der Arbeit wird als grundsätzlich verfehlt und als Gefährdung der demokratischen Weiterentwicklung verworfen. Das Referat führt diese Gedanken näher aus, besonders wendet sich Singheimer entschieden gegen den von Cohen, dem Korreferenten vertretenen Gedanken, den Räten in der Kammer der Arbeit Gleichberechtigung mit der politischen Kammer zu geben. Er malt die Gefahren eines berufsständischen Parlamentes lebendig aus. Es sei die Stimmung für diesen Plan daraus zu erklären, daß seine Anhänger sich nicht klar vorstellten, wer alles in diesem Parlament der Arbeit sitzen würde. Es sei noch kein System gefunden, das den Arbeitern die Mehrheit geben könnte. Von der Betätigung der Räte in der Kontrolle der Verwaltung verspricht sich Singheimer eine wertvolle Erziehung der Arbeiter, die die persönlichen Voraussetzungen für die Durchführung des Sozialismus schaffe. Die wissenschaftliche Erziehung der Arbeiter sei unbedingt notwendig. Die Arbeiterbewegung bedürfe ständig der Theorie. Nur wenn die Arbeiter von wissenschaftlichem Geiste erfüllt und von der Ethik ihrer Klasse, der Solidarität getragen, ethisch höher stünden als die Klassen, an deren Stelle sie sich setzen wollen, könnten sie zum Siege gelangen. (Längerer, lebhafter Beifall.)

Die Sitzung wird auf Sonntag vertagt.

Weimar, 15. Juni. Cohen begründet seine Resolution zur Rätefrage. Sie unterscheidet sich von der Singheimerschen im wesentlichen dadurch, daß sie die Kammer der Arbeit, bei Singheimer Reichswirtschaftsrat, gleichberechtigt mit den gesetzgebenden Körperschaften macht. Ebenso sollen die Produktionsräte der Kreise, Provinzen und Länder zu entsprechenden Kammern der Arbeit vereinigt werden und neben den Gemeindevertretungen, Kreis-, Provinzialvertretungen, Landtagen gleichberechtigt sein. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinanderfolgenden Jahren von der Volkskammer — Gemeindes, Kreis-, Provinzialvertretungen, Landtag, Reichstag unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen. Cohen erklärt, daß seine Vorschläge das Mindestmaß an Entgegenkommen sei, das die Partei dem Rätegedanken erweisen müsse. Das Hängen der Regierung in dieser Hinsicht habe den Zug nach links so stark werden lassen. Die Kammer der Arbeit sei ein Schutzmittel gegen die Forderung der Diktatur des Proletariats. Die Strömung nehme dafür stets zu, und werde die Partei verschlingen, wenn ihr nicht der Boden durch eine entsprechende Stellung zur Rätefrage durch die Anerkennung des gesunden Kerns des Gedankens entzogen werde.

**Ohne Arbeiterräte gäbe es keine Sozialisierung,**

aber auch keine wirkliche Rückkehr der Arbeiter zur Produktion. Cohen sucht die Bedenken gegen das Zweikammersystem in längeren Ausführungen zu zerstreuen. Die unbeschränkte Herrschaft einer Kammer führe zur Anarchie oder zum Zäsarismus. Die Diktatur des Proletariats habe in Rußland Schiffbruch gelitten, trotzdem dort günstigere Verhältnisse dafür bestanden haben als in Deutschland. Er fordert die Annahme seiner Resolution zum Heile der Arbeiter, zum Heile Deutschlands. (Schwacher Beifall.)

Katzenstein begründet eine Resolution, die sich im wesentlichen mit der Singheimers deckt, aber über sie hinaus geht, als sie auch örtliche, sowie kommunale Arbeiterräte vorsieht, denen, solange die demokratische Organisation der politischen Orts- und Kreisverwaltungen noch nicht durchgeführt ist, ein Kontroll- und Einspruchsrecht gegenüber den Behörden namentlich in den Landkreisen zustehen soll. Er bemängelt, daß die preußische Regierung die kommunalen- und Kreisarbeiterräte preisgegeben habe.

Reichsarbeitsminister Bauer wendet sich gegen wahnsinnige Forderungen der Angestellten. Die Leitung des Betriebes müsse in der Hand des verantwortlichen Betriebsleiters bleiben. Die Arbeiter sollen allerdings Einsicht in die Bilanz und die Betriebsführung bekommen. Er verteidigt den Regierungsentwurf über die Betriebsräte und schilt auf die unverantwortliche Kritik der Presse, der oft der Mut der Ueberzeugung gegen die äußerste Linke fehle. Die Debatte schließt. Die Schlußworte des Referenten bringen nichts Neues. Bemerkenswert ist nur, daß Singheimer die Regierung vorhält, sie habe zu spät die Bedeutung der Räte erkannt. Sie dürfe nicht in den Fehler des alten Systems verfallen, dem Scheidemann mit Recht gesagt habe, daß es alles zu spät tue. Ein Antrag, die Resolutionen Singheimer und Katzenstein zusammen anzunehmen, findet die große Mehrheit. Die Resolution Cohen erhält nur eine Stimme.

Ein Antrag, bei den Eisenbahnen das Rätesystem schnellstens einzuführen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag auf Kurse für Arbeiterräte in Bilanz- und Betriebslehre angenommen.

Es folgt die Beratung der übrigen Anträge, die samt und sonders ohne Diskussion erledigt werden. Angenommen werden Anträge, daß die Reichs- und Landesregierungen die abgesetzten Fürsten ohne Pensionen abfinden sollen, daß die Städte den Unbemittelten Schrebergartenland beschaffen sollen, daß die Reichsregierung sich für die Besserung des Loses der Kriegsgefangenen einsetzen soll.

Ein Antrag Löwenthal-Bamberg, wonach der Parteitag aufs Tiefste bedauert, daß es den Parteigenossen im bayerischen Ministerium nicht gelungen ist,

**die Hinrichtung Levinés**

zu verhindern und der sie auffordert, Toller vor dem gleichen Schicksal zu bewahren, wird angenommen und durch einen andern ergänzt, der alle Gewalttaten, ob sie von reaktionärer oder radikaler Seite erfolgen, verurteilt und verlangt, daß auch gegen die Attentäter und Mörder, denen Auer und Neuring zum Opfer gefallen sind, rücksichtslos vorgegangen wird. Dem Parteivorstand werden drei Anträge überwiesen, die sich für eine Weltsprache einsetzen, er solle ihn der Internationale unterbreiten. Als letzter wird ein Antrag aus dem Saargebiet angenommen, der den Parteivorstand beauftragt, im Falle der Loslösung des Saargebiets kein Mittel unversucht zu lassen, die organisatorischen Beziehungen mit der Parteiorganisation des Saargebietes nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.

Ein Antrag, daß Noske die an der Kaiserehrung in Graudenz beteiligten Offiziere sofort zu entlassen solle, ist spurlos verschwunden.

Vorsitzender Schulz erklärt dem protestierenden Antragsteller, er dürfe überzeugt sein, daß die Reichsregierung „alles Nötige tun" werde.

Dann hält Heinrich Schulz die Schlußrede. Er äußert Freude über den glatten Verlauf und behauptet, der Parteitag habe für die Partei Gutes geleistet. Alsbald verfällt er in stark nationale Töne, um denen das Schlußhoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie einen eigenartigen Kontrast bildet, was aber die Delegierten nicht empfinden.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gustav Kadpatz; für Anzeigen Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

# Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

44] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

„Sie irren sich. Auch bei uns steht ihm das natürlich frei," erwiderte Doktor Leete. „Ein Arbeiter ist stets sicher, Gehör, Recht und Gerechtigkeit zu finden, wenn er von seinem Vorgesetzten unterdrückt wird. Bleiben jedoch seine Beziehungen zu seinem Werkführer oder Obermeister unerquicklich, so kann er auf seinen Antrag hin versetzt werden. Solange die alte Gesellschaftsordnung herrschte, konnte ein Arbeiter wohl seine Beschäftigung aufgeben, wenn er mit seinem Arbeitgeber nicht zufrieden war, aber er setzte damit auch seine Existenzmittel aufs Spiel. Empfindet dagegen einer unserer Arbeiter seine Stellung zu einem Vorgesetzten peinlich, so braucht er nicht für seinen Lebensunterhalt zu zittern, wenn er seine Lage verbessern will. Soll unsere nationale Wirtschaft ihrer Aufgabe gewachsen sein, so bedarf es wohl einer strengen Disziplin in unserem Arbeitsheer, allein das Recht eines jeden Arbeiters auf gerechte und rücksichtsvolle Behandlung ist unbestritten und hat einen starken Rückhalt an der Macht der öffentlichen Meinung. Der Offizier befiehlt, und der Arbeiter gehorcht, jedoch kein Offizier steht so hoch, daß er es wagen dürfte, einen Arbeiter der untersten Klasse hochfahrend zu behandeln. Grobheit der Arbeit eines Beamten gegen das Publikum zählt zu den geringeren Vergehen, die am schnellsten und sichersten ihre Strafe finden. Unsere Richter wachen nicht nur über die Gerechtigkeit, nein, auch über die Höflichkeit in allen Beziehungen unseres öffentlichen Verkehrs. Sogar die wertvollsten Berufsleistungen vermögen ein rohes oder verletzendes Betragen nicht aufzuwiegen."

Es fiel mir auf, daß Doktor Leete bei allen seinen Erklärungen nur von der „Nation" sprach und nicht von den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten. Ich fragte deshalb, ob durch die Organisation der Nation als eines wirtschaftlich Ganzen die Einzelstaaten in Wegfall gekommen seien.

„Notwendigerweise," erwiderte mein Gefährte. „Die Einzelregierungen wären der Kontrolle und Disziplin des Arbeitsheeres nur hinderlich gewesen, es bedarf einer zentralisierten, einheitlichen Organisation. Sogar wenn die Einzelregierungen nicht aus anderen Gründen verschwinden müßten, wären sie doch durch die wunderbar vereinfachten Aufgaben der Staatsleitung überflüssig geworden. Die Leitung der nationalen Wirtschaft ist heutzutage fast die einzige große Pflicht, die der Regierung obliegt. Die meisten Dinge haben zu existieren aufgehört, die früher Sache der Regierungen waren. Wir haben keine Armee, keine Marine, ja keinerlei militärische Organisation überhaupt. Bei uns gibt es weder ein Ministerium des Aeußern noch ein Finanzministerium, wir kennen weder städtische Abgaben noch direkte oder indirekte Steuern; Zoll- und Steuerbehörden sind mithin überflüssig geworden. Unserer Regierung ist eine einzige von all den Aufgaben geblieben, die einer Regierung zu Ihrer Zeit zufielen: die Verwaltung der Justiz und der Polizei. Ich habe Ihnen bereits geschildert, wie einfach unsere Justiz im Vergleich mit dem riesigen, schwerfälligen und verwickelten gerichtlichen Apparat Ihrer Zeit ist. Wie die Aufgaben der Richter ganz erheblich vereinfacht und erleichtert worden sind, weil mit dem Wegfall der Versuchungen zu Verbrechen die meisten Verbrechen selbst verschwanden, so ist auch die Tätigkeit der Polizei eine recht geringfügige.

„Aber wie kommen bei Ihnen überhaupt Gesetze zustande, wenn in den Einzelstaaten keine gesetzgebenden Körperschaften vorhanden sind, und wenn es keinen Kongreß gibt, der wenigstens aller fünf Jahre zusammentritt?"

„Wir haben keine Gesetzgebung, das heißt so gut wie keine," erwiderte Doktor Leete. „Nur selten, daß ein Kongreß während seiner Tagung in Erwägung zieht, ob einige neue, wichtige scheinende Gesetze geschaffen werden sollen. Es steht ihm dann jedoch nur das Recht zu, sie dem nächstfolgenden Kongreß zur Annahme zu empfehlen; nichts darf übereilt werden. Wenn Sie einen Augenblick nachdenken, Herr West, so werden Sie finden, daß es uns an Ursachen fehlt, Gesetze zu machen. Die Grundprinzipien unserer Gesellschaft haben für immer mit den Streitfragen und Mißverständnissen aufgeräumt, die zu Ihrer Zeit eine Gesetzgebung zur Notwendigkeit machten.

Volle neunundneunzig Prozent aller Gesetze jener Tage hatten lediglich den Zweck, das Privateigentum rechtlich abzugrenzen und zu schützen, die Beziehungen zwischen Verkäufern und Käufern zu regeln, Abgeleiteten von Gegenständen, die dem persönlichen Gebrauch dienen, gibt es jetzt kein Privateigentum mehr, und von Kaufen und Verkaufen kann nicht die Rede sein. So sind fast alle Gründe für eine Gesetzgebung verschwunden, die vordem so unentbehrlich war. Zu Ihrer Zeit glich die Gesellschaft einer auf die Spitze gestellten Pyramide. Jede Auflehnung der menschlichen Natur dagegen drohte sie umzustürzen, und nur ein wohldurchdachtes, kunstvolles, stets ergänzungsbedürftiges System von Stützen, Pfeilern und Stricken in Gestalt von Gesetzen vermochte es, die Pyramide aufrecht oder vielmehr — entschuldigen Sie das schlechte Vorbild! — unaufrechtzuerhalten. Ein Nationalkongreß und vierzig gesetzgebende Körperschaften von Bundesstaaten konnten wohl im Jahre zwanzigtausend Gesetze fabrizieren. Allein sie waren außerstande, genug starke Stützen zum Ersatz für diejenigen zu schaffen, die morsch geworden oder zusammengebrochen waren, weil die Last sich verschoben hatte. Jetzt dagegen ruht die Gesellschaft auf ihrer natürlichen Grundlage und bedarf der künstlichen Stützen so wenig, wie die ewigen Berge ihrer bedürfen."

„Außer der nationalen Zentralgewalt gibt es bei Ihnen doch gewiß kommunale Verwaltungsbehörden?"

„Gewiß, und sie haben sehr wichtige und ausgedehnte Aufgaben. Sie sorgen für die Bequemlichkeit und Erholung des Publikums, für Verbesserungen, Wohlfahrtseinrichtungen und Verschönerungen der Städte und Dörfer."

„Ich verstehe nicht, wie sie etwas leisten können. Sie dürfen doch weder die Arbeit der Bürger in Anspruch nehmen, noch besitzen sie die Mittel, Arbeitskräfte gegen Entgelt zu beschäftigen."

„Jeder Gemeinde steht das Recht zu, für ihre eigenen öffentlichen Zwecke einen Bruchteil der Arbeit zu beanspruchen, die ihre Angehörigen der Nation leisten müssen. Diese Arbeit wird der Gemeinde als Kredit gebucht, den sie in jeder beliebigen Weise verwenden kann."

## Zwanzigstes Kapitel.

An dem nämlichen Nachmittag fragte mich Edith gelegentlich, ob ich je wieder das unterirdische Gemach im Garten aufgesucht hätte, in dem ich aufgefunden worden war.

„Bis heute noch nicht," antwortete ich. „Offen gestanden, schreckte ich bisher vor dem Gedanken eines Besuchs zurück, da ein solcher Ort alte Erinnerungen wecken und dadurch mein geistiges Gleichgewicht zu heftig erschüttern könnte."

„Gewiß," sagte sie. „Ich kann mir vorstellen, wie gut Sie daran taten, den Ort zu meiden. Ich hätte mir das selbst sagen und schweigen sollen."

„Im Gegenteil," versetzte ich, „es ist mir lieb, daß Sie die Sache erwähnt haben. Der Anblick des unterirdischen Gemachs hätte mir doch nur am ersten oder zweiten Tage nach meinem Erwachen gefährlich werden können. Ihnen zur allem verdanke ich es, daß ich mich jetzt in der neuen Welt sicher und heimisch fühle. So heimisch, daß ich heute nachmittag gern den Ort wieder aufsuchen möchte, wenn Sie mich nur begleiten und böse Geister fernhalten wollen."

Edith wollte anfangs von meinem Vorschlag nichts wissen, als sie aber sah, daß ich allen Ernstes auf ihm beharrte, willigte sie ein, mit mir zu kommen. Vom Hause aus konnte man zwischen den Bäumen den Erdhaufen liegen sehen, der beim Ausgraben aufgeworfen worden war. Wenige Schritte brachten uns an Ort und Stelle. Alles war geblieben, wie es in dem Augenblick gewesen, als die Arbeiten dadurch unterbrochen wurden, daß man im Gemach jemand aufgefunden hatte. Nur die Tür hatte man geöffnet und die Steinplatte wieder an der Decke eingefügt. Wir stiegen die Böschung zu dem ausgeschachteten Keller hinab, traten durch die Tür und fanden nun in dem schwach beleuchteten Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0006

# Ledebour-Prozeß.

**Fünfzehnter Verhandlungstag.**

Zeuge: Schriftsteller Dr. phil. Ernst **Meyer ist Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei und befindet sich jetzt noch in Schutzhaft.** Dr. Meyer war früher selbst Redakteur am Vorwärts. Er berichtet wie erst ein Erlaß des Oberkommandos in den Marken, während des Krieges dem Parteivorstand gegen den Willen der damals oppositionellen Preßkommission es möglich machte, eine Erneuerung der Redaktion vorzunehmen und dem Vorwärts eine Richtung zu geben, die von den Arbeitermassen als Verrat an ihrer Sache angesehen wurde und steigernde Erbitterung erweckte. **Diese Erbitterung ist gewachsen, als der Vorwärts eine schroffe Haltung gegen die Friedenskundgebungen der Arbeiterschaft einnahm und die damit verbundenen Streiks tadelte. Noch am 8. November habe** der Vorwärts vor Unbesonnenheiten und angeblich sinnlosen Putschen gewarnt, zu einer Zeit, da die Revolution in Kiel, Hamburg und Süddeutschland schon siegreich war. Der Zweck der Besetzung der Zeitungsgebäude am 10. November sei nur der gewesen, der Arbeiterschaft ein Mundstück zu verschaffen, das ihr seit dem Raub des Vorwärts vollständig fehlte. Die Arbeiter aber waren durch ganz freche Lügen, die der Ersatz-Vorwärts und auch die bürgerlichen Blätter gebracht hatten, so erbittert, daß sie sich zu einer Räumung der Zeitungsgebäude nur schwer belegen lassen wollten; Ledebour dagegen war von der Zweckmäßigkeit der Verhandlungen so durchdrungen, daß er noch in der Haft, in die er mit Dr. Meyer gemeinsam genommen war, darauf bestand, an den Ausgleichsverhandlungen im Reichskanzler-Palais teilzunehmen.

Staatsanwalt **Zumbroich** greift nunmehr auf den „Dresdener Kommunisten", der verlesen worden ist, zurück. Dr. Meyer erklärt den Artikel erst jetzt kennen zu lernen, er gehe nicht von der Zentralstelle der Kommunistischen Partei aus.

**Ledebour:** Der Staatsanwalt operiert hier wiederum mit dem Artikel vom 19. Januar, der acht Tage nach meiner Verhaftung und der Verhaftung des Zeugen veröffentlicht worden ist. Der Staatsanwalt beschäftigt sich hier mit dem Programm der Kommunistischen Partei. Er mag dies in einem anderen Prozeß tun, um Lorbeeren zu sammeln. Mit meiner Sache hat es nichts zu tun. Ich frage den Zeugen Dr. Meyer, ob er sich der drei Bedingungen erinnert, die wir ihm als Voraussetzungen eines Zusammenschlusses mit seiner Partei genannt haben. Dr. Meyer erklärt, daß die Unabhängigen sich für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und gegen Putschismus und Terrorismus erklärt hatten. Dr. Meyer soll nunmehr befragt werden, ob er bei der gemeinschaftlichen Verhaftung den Eindruck gewonnen habe, daß die Absicht bestand, ihn und Ledebour zu ermorden. Dr. Meyer bejaht diese Frage. Als Ledebour in die Einzelheiten der Vorgänge eingehen will, bittet der Staatsanwalt die Erörterung dieser Fragen als nicht zur Verhandlung gehörig abzulehnen.

Ledebour: Die Anklage ist erst erhoben worden vier Tage nach meiner Verhaftung, nachdem die wiederholten Aufforderungen an die Soldaten mich zu ermorden, nicht befolgt worden sind. Die öffentliche Anklage gegen mich steht im nächsten Zusammenhange mit der Absicht, mich zu ermorden.

Rechtsanwalt Dr. **Herzfeld:** Da man Ledebour nicht **durch Mord aus der Welt schaffen konnte, so will man ihn durch diese Anklage beseitigen, d. h. ins Zuchthaus bringen.** Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Der Beschluß soll erst nach der Mittagspause verkündet werden.

**Das Gericht hat beschlossen, die Frage an den Zeugen Dr. Meyer zuzulassen, und bejahendenfalls, was ihm darüber bekannt geworden sei, daß der ehemalige Stadtkommandant Fischer beabsichtigt habe,**

**Ledebour zu ermorden**

**oder ermorden zu lassen.** Dr. Meyer erklärt, **daß die ganze Art der Festnahme auf ihn den Eindruck gemacht hat, daß man ihm und Ledebour ans Leben gehen wollte. Das Gericht beschließt** aber, Dr. **Meyer zu vereidigen.**

**Ledebour: Wir stellen nunmehr unter Beweis, daß die Regierung von unserer Verhaftung vorher benachrichtigt war und daß der Minister Landsberg wahrheitswidrig behauptet hat, nicht zu wissen, wo wir seien.**

**Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld stellt nunmehr den Antrag, die Antwort bekanntzugeben, die auf die Anfrage nach der Genehmigung zur Vernehmung des Leutnants Fischer von seiten der Reichsregierung gegeben worden sei.** Die an den Ersten Staatsanwalt gerichtete Depesche lautet: Erlaubnis zu jeder weiteren Vernehmung des Leutnants Fischer über Gegenstände, auf die sich seine Pflicht zur Dienstverschwiegenheit bezieht, wird versagt, weil die Ablehnung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches **Nachteile** (!?) bringen würde. **Diese Aeußerung gilt zugleich für die Reichsregierung.**

Reichswehrminister **Noske.**

**Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld:** Die Anfrage war doch an die Reichsregierung gerichtet und die Antwort kommt von Noske. **Vorsitzender:** Das Telegramm wird auch vom Gericht nur als eine **vorläufige**, nicht ausreichende Antwort angesehen. Ledebour: Vielleicht besinnen sich die Herren noch einmal. Ich kann nur versichern, die Wahrheit, die sie verhindern wollen, verhindern sie doch nicht. Vorsitzender: Wen meinen Sie damit? Ledebour: Die Reichsregierung. Sie würde klüger handeln, wenn sie die Aussage zuließe, aber für die Klugheit der Regierung kann ich keine Garantie übernehmen.

Zeuge **Fillbrandt** bekundet, daß **Fischer** sich sehr **nachteilig über die Reichsregierung ausgesprochen** und sie in einer öffentlichen Versammlung in den Germaniasälen scharf angegriffen habe.

**Ledebour:** Das **charakterisiert** den Zeugen Fischer. Wenn er ein Amt erhält, ist er der treueste Regierungsmann, wenn er entlassen wird, **hetzt** er selber gegen die Regierung.

Wilhelm **Dittmann**, Sekretär der U. S. P. bekundet die Vorgänge, welche zum Austritt der drei Unabhängigen Volksbeauftragten aus dem Kabinett führten. Die Unabhängigen waren nur in das Kabinett eingetreten unter der Bedingung, daß die Regierung gemäß den Grundsätzen des sozialistischen Programms geführt würde. Sehr bald aber merkten die unabhängigen Kabinettsmitglieder, **daß Ebert, Scheidemann und Landsberg fortgesetzt den Wünschen der alten Bureaukratie und der Vertreter des Kapitalismus nachgaben.** Insbesondere waren es der

**Einfluß des Generals Gröner auf Ebert,**

gegen den wir fortgesetzt anzukämpfen hatten. Die alten militärischen Gewalten wurden bei jeder einzigen Regierungshandlung fühlbar. Es waren nicht persönliche, sondern sachliche Differenzen, welche zu einer Trennung führen mußten. Der Einfluß der Militärs machte sich ähnlich auch in Berlin immer mehr bemerkbar. Was von der Regierung angeordnet wurde, wurde **sabotiert**. Endlich kam es zu offenen Zusammenstößen. Am 6. Dezember versuchten militärische Kreise den Vollzugsrat, die höchste Behörde der Republik, zu verhaften und Ebert zum Präsidenten zu ernennen. Am 23. und 24. Dezember kam es zu einem

**Zusammenstoß mit der Volksmarine-Division.**

Am 26. und 27. Dezember erschienen die drei Rechtssozialisten nicht zur Kabinettssitzung und wir Unabhängigen mußten die wichtigen Entscheidungen in der auswärtigen Politik allein treffen. Auf unseren Antrag beschäftigte sich der Zentralrat mit der Differenz im Kabinett. Da aber in grundsätzlichen Fragen die Meinung des Zentralrats mit der unsrigen auseinander ging, hielten wir ein ersprießliches Arbeiten nicht mehr für möglich und traten von unseren Aemtern zurück.

**Ledebour:** Welche Rolle hat der Volksbeauftragte Ebert am 6. Dezember gegenüber den Soldaten gespielt, die ihn zum Präsidenten ausrufen wollten? Das Gericht läßt die Frage nicht zu, weil es dem Angeklagten den subjektiven Glauben gebilligt habe, er sei überzeugt gewesen, daß Ebert im Einverständnis mit den Soldaten handelte. **Ledebour:** Eine heutige Zeitung hat behauptet, ich hätte die Revolution am 9. November verschlafen.

**Dittmann:** Sie meinen die Albernheiten der B. Z. am Mittag? Ich kann bestätigen, daß Ledebour von sechs Uhr früh auf den Beinen war. Als Ebert das erstemal kam, war Ledebour zufällig abwesend, ich ließ ihn rufen und als Ebert, Scheidemann und David kamen, hat Ledebour die Verhandlungen geleitet. Ledebour: Das habe ich davon, daß ich diesem Wels das Leben gerettet habe.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

**Sechzehnter Verhandlungstag.**

Der ehemalige Volksbeauftragte Wilhelm **Dittmann** gibt noch eingehendere Aufschlüsse über die Ursachen, die den Rücktritt der unabhängigen Volksbeauftragten veranlaßten.

Rechtsanwalt Dr. **Herzfeld:** Ist es wahr, daß **Cohen-Reuß** Ihnen mitgeteilt hat, daß er als Vorsitzender des Zentralrats der Besatzung des Kriegsministeriums den Befehl gegeben habe, das Gebäude ohne Blutvergießen den Revolutionären zu übergeben, da jeder bewaffnete Widerstand aussichtslos sei? Dittmann bestätigt dies.

**Ledebour:** Wissen Sie etwas von der Mitwirkung Fischers bei der veränderten Haltung der Regierung? Fischer hat uns hier von Bedingungen erzählt, die er als Oberbefehlshaber von Berlin der Regierung vorgeschlagen habe?

**Dittmann:** Ich weiß nur, daß Noske Truppen von auswärts zusammengeholt haben soll. Die Beteiligung Fischers kenne ich nur aus den Zeitungen.

Staatsanwalt **Zumbroich:** Sie haben vorhin gesagt, daß eine Strafverfolgung nach dem alten Strafrecht nach der Auffassung der Volksbeauftragten für absurd anzusehen sei. Nach der Revolution kann man die Bestimmungen über den Hoch- und Landesverrat für aufgehoben ansehen.

**Dittmann:** Es ist Auffassungssache, ob man einen Landfriedensbruch oder Aufruhr für ein politisches oder ein gemeines Delikt hält. Ich halte es für ein **politisches** Delikt. Ich erkläre, daß die Dinge, die in diesem Prozeß zur Verhandlung stehen, nach der damaligen Auffassung der Volksbeauftragten als politische Delikte zu gelten haben. Darüber gibt es keinen Zweifel.

Zeuge Matrose **Brandenburg** bekundet, daß die Waffenausgabe auf dem zweiten Hofe des Marstalls stattfand. Ledebour hat zu den Matrosen gesagt, sie sollten sich wie Menschen zeigen und nicht so wild drauflos wirtschaften; damit kein weiteres Blut vergossen würde. Später seien von Mannschaften und Zivilisten aufreizende Reden gehalten worden, in denen vor Ledebours Verhandlungen als vor Schiebungen gewarnt worden sei. Der Zeuge bekundet ausdrücklich, daß Ledebour sich in keiner Weise an der Waffenausgabe beteiligt habe. Dr. Liebknecht habe er um diese Zeit nicht im Marstall gesehen.

Das Gericht beschließt, die Vernehmungen der Minister **Landsberg** und **Heine abzulehnen**, weil sie mit der Schuldfrage in keinem Zusammenhange stehen.

Rechtsanwalt **Rosenfeld** beantragt, den Vizefeldwebel **v. Tyszka** zu vernehmen, der bekunden werde, daß er von dem ehemaligen Stadtkommandanten Leutnant Anton Fischer den Auftrag erhalten habe, Ledebour zu erschießen. Staatsanwalt Zumbroich erklärt, daß diese ungeheuerliche Tatsache, die hier unter Beweis gestellt würde, Gegenstand eines besonderen Verfahrens bilden müsse, aber in dieser Hauptverhandlung nicht erörtert werden könne.

**Ledebour** weist darauf hin, daß ein Soldat schon ähnliche Mitteilungen seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenfeld, gemacht habe. Der Soldat sei von der Staatsanwaltschaft vernommen worden, aber es sei weiter nichts erfolgt. Das Gericht beschließt, den Zeugen v. Tyszka auf morgen zu laden.

Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld:** Ich beantrage, auch den Zeugen Fischer auf morgen zu laden, die Amtsverschwiegenheit kann sich „unmöglich" (!?) auf den Auftrag erstrecken, Ledebour meuchlings zu erschießen, denn wir nehmen natürlich nicht an, daß die Regierung so etwas veranlaßt haben könnte.

Die Verhandlung wird auf Freitag 9 Uhr vertagt.

**Siebzehnter Verhandlungstag.**

Zeuge Redakteur **Leid** vom Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Wahlvereine bekundet, daß **Eichhorn** von den revolutionären Arbeitern und Soldaten, die das Präsidium besetzt hatten, gerufen wurde, um die Amtsgeschäfte zu übernehmen. Der Zeuge wurde zu den Uebergabeverhandlungen hinzugezogen. Da der Polizeipräsident v. Oppen vollkommen zusammengebrochen und verhandlungsunfähig war, fungierte ein Oberregierungsrat als sein Vertreter. Es wurde ein einwandfreies Protokoll aufgenommen.

Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld:** Der Ursprung des Amtes lag also direkt in der Revolution?

Zeuge **Leid:** Das ist unzweifelhaft.

Dr. **Herzfeld:** Sollte nicht bald darauf Ernst Polizeipräsident werden, über welche Bestrebung die Arbeiterschaft sehr erregt war?

Zeuge **Leid:** Der Vollzugsrat bestätigte aber Eichhorn. Die Erbitterung der Arbeiter gegen Ernst war sehr groß.

Rechtsanwalt Dr. **Herzfeld:** Worauf beruhte die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen Ernst?

Das Gericht läßt diese Frage nicht, unterstellt aber als wahr, daß der Angeklagte subjektiv mit dieser Erbitterung gerechnet habe.

Bezüglich des von der Staatsanwaltschaft benannten Zeugen Leutnant **Bachmann**, dessen Ladung sich als unmöglich erwiesen hat, stellt der Vorsitzende nunmehr aus den Akten fest, daß B. wegen **Urkundenfälschung, Hochstapelei und Betruges** von verschiedenen Behörden **steckbrieflich verfolgt** wurde.

Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld:** Das ist wieder **ein Vertrauensmann der Regierung.**

**Vorsitzender:** Das können Sie doch nicht ohne weiteres sagen, daß Bachmann Vertrauensmann der Regierung ist.

Rechtsanwalt Dr. **Rosenfeld:** Bachmann war doch **Oberbefehlshaber der Regierungstruppen**, die Büxenstein und Mosse erobert haben. Bachmann hat im Auftrag der Regierung den Kapitulationsvertrag mit der Mossebesatzung geschlossen.

**Ledebour:** Er kann jetzt Laufbursche bei Noske werden.

Zeuge Dreher **Meix** ist Obmann der Arbeiter der Schwartzkopff-Werke. Am 9. Januar hat der Zeuge an einer Versammlung aller drei sozialistischen Parteien im Humboldthain teilgenommen, die dem Blutvergießen innerhalb der Arbeiterschaft ein Ende bereiten wollte. Meix wurde in eine Kommission gewählt, welche sich an den Verhandlungen beteiligen sollte. In dieser Eigenschaft hat Meix mit dem Angeklagten Ledebour mehreren Sitzungen beigewohnt. Er bekundet, daß Ledebour sich für eine Räumung der Gebäude ausgesprochen hat. Der Zeuge hatte aber den subjektiven Eindruck, daß diese Räumung sich würde nicht durchführen lassen, weil zu den Besatzungen der Gebäude Personen gehörten, welche **im Dienst der Regierung die Leute zum Widerstand aufreizten.**

**Vorsitzender:** Haben Sie denn bestimmte Unterlagen für Ihre Vermutungen?

Rechtsanwalt **Obuch:** Können Sie uns bestimmte Namen von solchen Agenten nennen?

Zeuge **Meix:** Ein Ingenieur unseres Betriebes, ein Herr Grandt, hatte sich als eifriges Mitglied der Kommunistischen Partei aufgespielt. Er nahm dann an einer Besetzung teil. Als Grandt von unserer Betriebsleitung über seine Abwesenheit während der Spartakuswoche zur Rede gestellt wurde, erklärte er, er stände im Dienste des Stadtkommandanten Klawunde. Darauf sagte unser Betriebsdirektor Mölle: Eine Schmalzfliege, die von einem stinkenden Braten etwas abhaben will, können wir nicht gebrauchen.

**Vorsitzender:** Von wem wissen Sie, daß es sich so verhält?

**Meix:** Von dem Betriebsdirektor Mölle selbst, der den Grandt entlassen hat. **Ich weiß dann noch von einem zweiten Spitzel Reuter, der aus der Kommunistischen Partei entfernt worden ist. Nähere Angaben kann ich aus eigener Kenntnis nicht machen, da ich nicht dem Spartakusbund angehöre, sondern in der U. S. P. organisiert bin.**

**Ledebour:** Der Ausgleich, den wir anstrebten, hätte zu einer friedlichen Räumung aller besetzten Gebäude geführt. Herr Fischer mit seiner Offizierskamarilla hatte aber der Regierung seinerseits die Bedingungen gestellt, in keine Verhandlungen vor Räumung der Gebäude einzutreten.

Zeuge **Rusch** war Mitglied des Vollzugsrates und hat an den damaligen Sitzungen teilgenommen. Er bestätigt alle Angaben, die Ledebour und die verschiedenen Entlastungszeugen über den Gang der Ausgleichsverhandlungen gemacht haben. Er hatte den Eindruck, daß die Mehrheitssozialisten, unter ihnen Hermann Müller, eine Verschleppung der Verhandlungen herbeiführen wollten, während Ledebour und Maltzahn für eine Beschleunigung waren.

**Es ergibt sich noch, daß die Vereinbarungen des Kommandanten Fischer mit den Sicherheitssoldaten nicht nur hinter dem Rücken Eichhorns, sondern auch ohne Vorwissen des Vollzugsrates getroffen wurden.** Der Vollzugsrat hat niemals eine Beschwerde über die Amtsführung Eichhorns erhalten. Wir unabhängigen Mitglieder des Vollzugsrates hatten den Eindruck, daß nicht sachliche, sondern politische Gründe die Regierung zur Absetzung Eichhorns bestimmten. Man wollte den letzten Mann, den die revolutionäre Arbeiterschaft eingesetzt hatte, aus dem Amt entfernen.

**Die Verhandlung wird auf Montag früh 9 Uhr vertagt.**

# Aus der Provinz.

**Mansfeld.** Zur Nachahmung empfohlen. Bei der diesjährigen Kirschenverpachtung in unserem Bezirk wurde nicht, wie schon öfters aus anderen Gegenden gemeldet, die Verpachtung öffentlich meistbietend vorgenommen, sondern nach Rücksprache des hiesigen Arbeiterrates der Preis so festgesetzt, daß immer derjenige Bieter den Zuschlag erhielt, welcher dem Taxpreise am nächsten kommt. Es ist somit ein Preis erzielt worden, der den Oebstern sowie den Konsumenten so einigermaßen entgegenkommt. die Händler brauchen nicht mit der Ausrede zu kommen, daß sie nicht auskämen. An den Arbeiterräten liegt es nun, die Sache gut zu kontrollieren, damit kein Wucher und Schleichhandel getrieben werden kann. Gleichzeitig machen wir die Genossen in unserem Bezirk darauf aufmerksam, bei den Hartobstverpachtungen auch darauf hinzuwirken, daß man einfach die Plantagen abtaxieren läßt, einen Preis festsetzt und dann bei der Verpachtung demjenigen den Zuschlag erteilt, welcher der Taxe am nächsten kommt. Wenn überall so verfahren wird und die Arbeiterräte auf der Hut sind, werden auch die armen Leute mal einige Kirschen essen können.

**Kloschwitz.** Agrarierdreistigkeit. Vergangenen Mittwoch wurde unser Ort durch eine Haussuchung überrascht. Herr Gutsbesitzer Göppart aus Beesenstedt ließ nach Klee suchen, und wiederum, wie immer, wenn eine Haussuchung stattfindet, nur bei den Bergleuten des Ortes; bekanntlich stehlen nur Arbeiter. Der Herr Gutsbesitzer kam mit Pferd und Wagen an, um den gestohlenen Klee fortzubringen, aber leider wurde bei den verdächtigten Bergarbeitern nichts gefunden. Derselbe Herr Gutsbesitzer, welcher glaubt, daß ihm Klee gestohlen ist, hat während des Krieges jedes Jahr einen Plan im Durchschnitt von zehn Morgen brach liegen lassen, ohne zu bedenken, daß er damit dem Volke die Nahrung entzog. Wir möchten deshalb Herrn Göppart zurufen, erst genaue Erkundigungen einzuziehen, ehe man die Arbeiter eines ganzen Ortes mit Haussuchungen erbittert.

**Wiehe.** Kirschenwucher. Die armen Agrarier, die Klagelieder ohne Ende anstimmen, wenn sie mal die Landarbeiterlöhne erhöhen sollen, ziehen Erträge aus ihren Besitztümern, welche märchenhaft anmuten. Was allein der Gewinn aus den Kirschenverpachtungen bringt, übersteigt jeden Begriff. Der Pächter des Stiftgutes Hechendorf, der 230 000 Mk. Jahrespacht bezahlt, hat allein an seinen Kirschen 53 000 Mk. (!) verdient. Rechnet man seine sonstigen Einnahmen dazu, die noch ein Vielfaches von dieser Summe darstellen werden dann kann man allerdings diesen „armen" Agrarier bedauern. Auch die anderen Kirschenverpachtungen im Unstruttale haben Unsummen ergeben, so 40 000 Mark für den Amtsrat Lüttich in Gehofen, 45 000 Mk. für das Klostergut Donndorf, 77 000 Mk. für die Gemeinde Bretleben und ähnliche phantastische Zahlen. **Das ist der Segen der Freigabe des Kirschenhandels!**

**Torgau.** Vom Rathaus. In ihrer letzten Sitzung hatten sich die Stadtverordneten wiederum mit einer Eingabe der Anwohner des Süptitzer Weges wegen Legung von Kanalisation und Wasserleitung zu beschäftigen. Die Anlage der Wasserleitung kann aus Mangel der erforderlichen Materialien nicht erfolgen. Wohingegen die Möglichkeit besteht, daß eine Beschleusung in in die Wege geleitet werden kann. Die Eingabe wurde an den Magistrat zur Erwägung übergeben. Die Veranstalter der Protestkundgebung gegen den Gewaltfrieden, die vier politischen Parteien, außer der U. S. P., waren darum eingekommen, daß die Stadt ⅔ der entstandenen Kosten trage. Unsere Genossen Becker, Hanke und Fischer wandten sich gegen eine derartige Bewilligung, wobei erwähnt wurde, daß die U. S. P. die durch ihren Protest entstandenen Kosten ja auch selbst decke. Die geforderte Summe wurde gegen unsere sowie der Stimmen der Mehrheitssozialisten bewilligt. Eine Neuregelung in der Kohlenbelieferung tritt insofern ein, daß für die Zeit bis zum 1. Oktober neue Kohlenkarten eingeführt werden und darf von den Kohlenhändlern nicht über ein Zentner abgegeben werden. Trotzdem damit gerechnet werden muß, daß es im Winter in bezug auf die Kohlenlieferung noch schlechter werde als im letzten, wurde vom Magistratstische aus die nicht erfreuliche Mitteilung gemacht, daß auch die Holzlieferung aus den städtischen Forsten eingeschränkt werden müsse. Mit dieser Mitteilung waren die Stadtverordneten natürlich nicht zufrieden. Der von bürgerlicher Seite erhobene Vorwurf, daß die Bergarbeiter durch ihre Streiks die Verantwortung für die Kohlennot trügen, wurde vom Gen. Hanke zurückgewiesen und als Schuldige die gegenwärtige Regierung bezeichnet. Kenntnis genommen wurde davon, daß die Militärbadeanstalt an einigen Abenden in der Woche gegen eine Pacht von 650 Mk. benutzt werden kann. Der geringen Schlachtungen wegen ist beim städtischen Schlachthof ein Defizit von 16 000 Mk. entstanden. Der Magistrat beantragte aus diesem Grunde die Aufnahme einer Anleihe von 20 000 Mk. Man sah vorläufig davon ab, da versucht werden soll, vom Kreise sowie von der Garnisonschlächterei Beihilfen zu erreichen. Zur Beratung kam alsdann der Antrag der Stadtverordneten beider sozialdemokratischer Parteien wegen Amtsniederlegung der Magistratsmitglieder. Hier verschwanden die Herren vom Magistrat wie auf Kommando. Genosse Becker begründete den Antrag. Die geheim vorgenommene Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages mit 16 gegen 13 Stimmen. Dafür stimmten nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten. Ein Beweis, daß die Demokraten überhaupt nicht wollen, war gleich der nächste Punkt betr. Wahl eines Stadtrates. Die Wahlperiode des Stadtrates Northa läuft mit Ende dieses Jahres ab. Alle sozialdemokratischen Redner wollten, weil bis zum 1. August sämtliche Magisträte neugewählt werden müssen, daß keine Wahl vorgenommen werden sollte. Der Antrag wurde abgemurkst, und zwar wieder mit Hilfe der Demokraten. Gewählt wurde Stadtrat Northa mit 16 Stimmen. Zustimmung fand der Beschluß des Magistrats, in diesem Jahre das Sammeln von Beeren und Pilzen in den städtischen Forsten unentgeltlich zu gestatten. Um etwas zur Behebung der Wohnungsnot zu unternehmen forderte Genosse Hanke vom Magistrat die Vornahme der Anmeldung aller großen Wohnungen zum Zwecke der Beschlagnahme von Zimmern. Bemängelt wurde vom Stadtv. Alpers ferner der hohe Preis des amerikanischen Schweinefleisches. 8 Mark sei entschieden zu hoch für die minderbemittelte Bevölkerung. Es hätte eine Staffelung des Preises vorgenommen werden müssen. Einige weniger wichtige Erörterungen bildeten den Schluß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0007

**Hohenleipisch.** In der **Gemeindevertreter-Sitzung** vom 13. Juni kam ein Schreiben der Regierung, unterzeichnet von dem Sozialdemkraten Hänisch, zur Verlesung, daß sich auf Jugendpflege bezog. Der Rechtssozialist Oswald Töpfer bemühte sich, diesen Regierungsukas herauszustreichen und schwärmte von einer gemeinsamen „Aktion“ aller Parteien, um die Jugendpflege zu fördern. Es könnte ja einmal ein Redner der Deutschnationalen, dann wieder einer von der U. S. P. Vorträge halten, denn es sei nicht gut, daß die Jugend einseitig erzogen würde. Hermann Töpfer (U. S. P.) rechnete mit diesem „Sozialdemokraten“ gründlich ab und bekämpfte diese gemeinschaftliche Jugendpflege, die nur geplant sei, um zu verhindern, daß die Arbeiterjugend zu Klassenkämpfern erzogen würde. Man wolle die Arbeiterjugend zu willenlosen Werkzeugen des Scharfmachertums und der Gegenrevolution machen. Aber jede Partei habe das Recht, Jugendpflege zu betreiben, und wir rufen der Jugend zu: Hinein in die freie sozialistische Jugend, hinein in die Arbeiterturnvereine, werdet klassenbewußte Kämpfer für den Sozialismus!

**Amsdorf.** Gemeindevertreter-Sitzung. Unsere Genossen beantragten, 50 Zentner Kirschen zu einem billigen Preise an die Einwohnerschaft durch die Pächter der Gemeinde-Kirschenanpflanzungen abgeben zu lassen. Beschlossen wurde, 15 Zentner Weißkirschen zu 45 Pf. und 15 Zentner Schwarzkirschen zu 50 Pf. pro Pfund zur Verfügung zu stellen. Sie sollen auf Lebensmittelkarte unter der Kontrolle des Arbeiterrates direkt von den Obstpächtern abgegeben werden. Ein weitergehender Antrag der Genossen fand keine Zustimmung. Sodann schritt man auch hier zu dem Versuche, den Arbeiterrat dadurch abzuwürgen, daß man ihm die Gelder sperrte. Der wahre Grund dafür ist natürlich der, daß sich der Arbeiterrat durch seine scharfe Lebensmittelkontrolle mißliebig gemacht hat, denn die wenigen Ausgaben waren eine Lappalie für die Gemeinde. Zum Schluß wurde noch angeregt, den 1. Oktober pachtfrei werdenden Garten am Gemeindearmenhause nicht mehr zu verpachten, sondern als Baumschule einzurichten und den Platz auf dem früheren Schulteiche aufzufüllen und ihn später als Garten zu verpachten.

# Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Juni 1919.

## Sozialdemokratischer Verein (U. S. P.) Halle-Saalkreis.

Am **Donnerstag**, den 19. Juni, **abends um 8 Uhr pünktlich**, werden in den bekannten Lokalen

**wichtige Distriktsversammlungen**

abgehalten. Es werden die Berichte von der am Sonntag abgehaltenen Kreisgeneralversammlung erstattet, außerdem sind die gemäß dem Statut notwendigen **Neuwahlen der Distriktsführer** und deren Stellvertreter vorzunehmen.

**Genossinnen und Genossen!** Die **Kreisgeneralversammlung** hat in eingehender Beratung und gründlicher Arbeit eine ganze Reihe von wichtigen, auf den Ausbau und die Vertiefung unserer Bewegung hinzielende Beschlüsse gefaßt. Eine Neuordnung des ganzen Parteiapparates ist im Werden. Ueber die Einzelheiten soll den Mitgliedern berichtet werden, ferner soll darüber beraten werden, in welcher Weise in der kommenden, hochbedeutsamen Zeit gearbeitet werden soll. Der neugewählte Vorstand erwartet, daß die Parteigenossen sich sehr zahlreich in den Distriktsversammlungen einfinden werden.

**Der Vorstand. Kasparek.**

* **Freie Jugend.** Heute, abends 9 Uhr, im **Volkspark** 3. Vortragsabend. Thema: Literaturgeschichte.

* **Volkspark.** Heute abend: Richard Wagner-Konzert der Kapelle der ehemaligen 36er. Morgen abend: Konzert des Seifert-Orchester. Wir empfehlen unsern Genossinnen und Genossen beide künstlerisch hochstehenden Darbietungen.

* **Elternabend im Volkspark.** Der Hallische Volksschullehrerverein beabsichtigt, Elternabende zu veranstalten, um die brennenden Fragen der Volksbildung mit den Vätern und Müttern zu behandeln. Der erste Elternabend für die Schulen der nördlichen Stadthälfte findet am Freitag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Volkspark, statt. Lehrer Herbst wird über: Die Einheitschule unter besonderer Berücksichtigung der Grundschule sprechen.

* **Magistratsbureau-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.** Die morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Schultheiß, Poststraße, tagende Versammlung ist von der größten Bedeutung für alle Bureauhilfsarbeiter. Es ist daher vollzähliges Erscheinen notwendig.

* **So schmecken Zulagen!** Vor einigen Tagen kennzeichneten wir den Fleisch-Skandal und die völlig unzureichende Belieferung der Hallischen Bevölkerung. Dieser Skandal wächst sich immer mehr zu einer Provokation der Massen aus, denn jetzt kommen sogar Klagen über die Beschaffenheit des Fleisches, das in vielen Fällen halbverdorben sein soll. Kunden verschiedener Schlächter haben diese Beobachtung machen müssen, so daß man nicht von Einzelfällen sprechen kann. Nach dem Genuß des Fleisches haben sich Beschwerden wie Erbrechen eingestellt und die Empörung darüber ist allgemein. Wenn das Wenige, was man für teures Geld kaufen muß, auch noch schlecht ist, dann allerdings möchten wir empfehlen, die Bude lieber ganz zu schließen und die Bevölkerung nicht weiter mit Versprechungen zu verhöhnen.

* **Wichtige Bekanntmachungen.** Die Polizeiverwaltung macht darauf aufmerksam, daß von jetzt an die Vorschriften über das Radfahren ohne Licht wieder in der früheren Weise gehandhabt werden. In einer anderen Bekanntmachung werden die Kleinhändler auf eine Verfügung der Preisprüfungsstelle hingewiesen, wonach sie Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes an solchen Waren, die sichtbar ausliegen, mit dem Verkaufspreis, sowie einem etwa vorgeschriebenen Höchstpreis zu vermerken haben.

* **Fahrplanverbesserung.** Seit dem 15. Juni verkehrt ein D-Zugpaar zwischen Berlin und Stuttgart. Der Zug verläßt 7.50 Berlin, trifft 10.47 in Halle ein und fährt 10.53 weiter. Der Gegenzug ab Stuttgart 9.15, an Halle 8.41, ab Halle 8.47, trifft 11.49 in Berlin ein.


Grudeherde, Wäschemangeln,
Waschmaschinen, Wringmaschinen,
**Burghardt & Becher,**
Fernruf 1226. 1835 Leipzigerstr. 10.

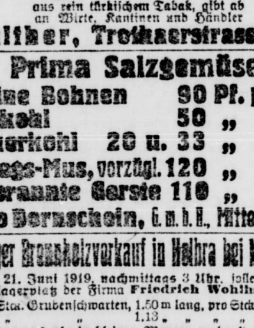
**Platten-Hohlwand Jurko.**
Sparsame Bauweise für Kleinwohnungen, kleinbäuerliche Güter, landw. Anlagen, Laubenkolonien,
:: Ausbau von Wohnungen, Stallgebäuden usw. ::
Ausführung sämtlich. Bauarbeiten.
**P. Röhrbein & Co.**
Lagerplatz: Kurfürstenstr. 78. Tel. 2584.
Wohnung: Blumenthalstr. 21. Tel. 3494.
Vertreter für: Halle (Stadt und Landkreis),
1813 Kreis Merseburg und Bitterfeld.

Habe mich Magdeburgerstr. 54 niedergelassen. 1815
**Sanitätsrat Dr. Kallmann,**
— Telephon 4177 —
Sprechstunden von 8—10 vorm. und 2—4 Uhr nachm.

**: Zigaretten :**
aus rein türkischem Tabak, gibt ab
an Wirte, Kantinen und Händler 1827
**Walther, Trothaerstrasse 55.**

1825 **Prima Salzgemüse!**
Grüne Bohnen 90 Pf. per Pfd.,
Rotkohl 50 „ „ „
Sauerkohl 20 u. 33 „ „ „
Kriegs-Mus, vorzügl. 120 „ „ „
Gebrannte Gerste 110 „ „ „
**Otto Bernschein, G. m. b. H., Mittelstr. 21.**

**Billiger Brennholzverkauf in Helbra bei Mansfeld.**
Am 21. Juni 1919, nachmittags 3 Uhr, sollen auf dem Holzlagerplatz der Firma **Friedrich Wohlhaupt**
4784 Stck. Grubenschwarten, 1,50 m lang, pro Stck. 0.25 Mk.,
1341 „ „ 1.13 „ „ „ „ 0.20 „
als Brennholz in kleinen Mengen verkauft werden.
1816 **Der Eigentümer.**

276


**Millionenartikel.** 936
Von jedermann gekauft, für jedes Geschäft geeignet, sehr leicht verkäuflich, Muster geg. 50 Pf.
**M. Makofsky, Saalfeld a. S.**

**Rohrpaste,**
wirklich gute, schmalzartige Ware, nicht eintrocknend, hell und dunkel, liefert jedes Quantum sofort ab Lager
**„Merkur“**
Einfuhr- und Handelsgesellschaft m. b. H.,
Königstraße 70. Fernruf 3425. 1746


## Amtliche Bekanntmachungen.

### Merseburg.

Auf Grund des § 4 der Anordnung über die Regelung von Milch und deren Erzeugnissen für die Stadt Merseburg vom 21. Oktober 1918 — L. A. II. 2852/18 — wird zur Regelung des Verkehrs mit Vollmilch für die Stadt Merseburg folgendes angeordnet:

1. Vollmilch darf nur unter Vorlegung der **ganzen Stammkarten** abgefordert und verabfolgt werden. Die Milchverkaufsstellen haben die einzelnen Tagesmarken **eigenhändig** von der Milchkarte abzutrennen.

2. Die vom Magistrat ausgegebenen Milchkarten tragen den Amtsstempel des Magistrats. Karten, die diesen Amtsstempel nicht haben, sind ungültig, von den Milchverkäufern sofort einzuziehen und der Name des Vorzeigers dem Magistrat sofort schriftlich oder durch Fernsprecher anzuzeigen. Die Milchverkäufer sind für die strenge Durchführung dieser Anordnung verantwortlich.

3. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der §§ 18 und 14 der Anordnung des Magistrats vom 21. Oktober 1918 — L. A. II. 2852/18 — mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt.

Merseburg, den 16. Juni 1919. *1244
L. A. II. 1810/19. **Der Magistrat.**

**Räudeausbruch.**

Unter den Pferden des Gutsbesitzers **Bohle**, Sand 2 hier, ist der Ausbruch der Räude amtstierärztlich festgestellt. *1244

Merseburg, den 14. Juni 1919.
P. I. 3068/19. **Die Polizei-Verwaltung.**

**Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle für Altleder und getragene Schuhwaren.**

Karlstraße 4. Fernsprecher 591.

Mittwoch, den 18. Juni, vormittags von 9—12 Uhr **Annahmetag.**

Dort werden auch getragene Kleidung und Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

Merseburg, den 16. Juni 1919. *1244
M. 421/19. **Der Magistrat.**

**Ernteflächenerhebung.**

Wir fordern nochmals die Säumigen auf, ihre Ernteflächen nunmehr bis spätestens Mittwoch, den 18. Juni im Grundstück Karlstraße 4 anzumelden.

Nachdem wird unnachsichtlich Bestrafung erfolgen.

Merseburg, den 16. Juni 1919. *1244
L. A. II. 992/19. **Der Magistrat.**

**Roßfleisch- und Fleischwarenverkauf**

findet am 17. Juni bei **Hoffmann**, Brühl 6, nachmittags von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 4801 bis 4900, nachmittags von 3—4 Uhr auf die Ordnungsnummern 4901—5000 statt. *1244

Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 16. Juni 1919.
L. A. I. 572/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

**Ausgabe von Mager- und Buttermilch**

in der Woche vom 16. bis 21. Juni d. J. in sämtlichen Verkaufsstellen. *1244

Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt: auf Feld 24, 25 und 26: soweit diese noch nicht beliefert sind, sowie auf Feld 27 für alle Versorgungsberechtigten 1/4 Liter.

Merseburg, den 16. Juni 1919.
L. A. II. 1680/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

**Ausgabe von Butter**

am Sonnabend, den 21. Juni. Es werden zugeteilt: auf jede Stadtfettkarte 60 Gramm Butter zum Preise von 52 Pf. und auf jede Zusatzfettkarte (mit dem Aufdruck K. und G.) 50 Gramm Butter zum Preise von 43 Pf.

Merseburg, den 16. Juni 1919. *1244
L. A. II. 1679/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

*1247 **Fahrplanänderung.**

Vom 15. d. Mts. an verkehren die Züge D 32 Berlin (ab 7.50) — Stuttgart (an 10.22) und D 33 Stuttgart (ab 9.15) — Berlin (an 11.49) mit Abzweigung nach Bad Kissingen.

Halle (Saale), im Juni 1919. **Eisenbahndirektion.**


Herren-Fahrrad mit Freilauf u. Gummi-Bereifung zu verkaufen. Streiberstr. 40, III. Händler verbeten. 1822
Gebr. Geude zu verkaufen. 1812 Bernhardstr. 18 3 Tr.

**Lötzinn**
hat noch abzugeben *1239
**O. Kodtler**, Dölauerstr. 5.


**Geselligkeitsverein der Heiratslustigen.**
*1250 veranstaltet im **Etablissement Preßler's Berg- und Gartenlokal** Liebenauerstr. 4
**Mittwoch, den 18. Juni**
**Gr. Tanzkränzchen**
verbund. mit **gr. Preisschießen.**
1. Preis 1 großer Hahn,
2. Preis 1 gr. Kaninchen,
3. Preis 1 gr. Huhn.
**Flotte Musik. Anfang 4 Uhr.**
Alle Freunde u. Gönner sind herzlich eingeladen.

## Vereins-Anzeiger.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 10 Mark jede Zeile.

### Halle (Saale).

**Arbeit.-Sänger-Chor**
Freitag, den 20. Juni, abds. 8 Uhr, im **Volkspark**:
☞ **Singestunde.**

**Frauen- und Mädchenchor.**
Jeden Mittwoch, ½9 Uhr, im Volkspark:
☞ **Singestunde.** ☜

**Turnverein Fichte**
**Vereinslokal: Volkspark.**
Turnstunden finden statt:
Männer-Abteilung Norden: **Dienstags und Freitags** von 8 bis 10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs v. 8 bis 10 Uhr: Oberrealschule, Staudestraße.
Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr.
Schülerinnen-Abteilung: **Donnerstag**, von 5—7 Uhr. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteilung Süden: Montags u. **Donnerstags** von 8 bis 10 Uhr.
Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr. Johannesschule, Liebenauerstraße.
**Sonntags**, vorm. von 7½ bis 10½ Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiele auf dem Sandanger.
Freunde u. Gäste willkommen.
Sonnabend, den 21. Juni, im Volkspark:
**Versammlung.**
Sonntag, den 22. Juni: Ausflug nach Neuragoczi. Abmarsch ½3 Uhr, von der Peißnitzbrücke.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität** (Ortsgruppe Halle a. S.).
Freitag, 27. Juni, abds. 7 Uhr, i. d. Goldenen Kette (Vögel), Alter Markt: Mitglieder-Versammlung.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht
Der Vorstand.

**Touristen-Verein „Die Naturfreunde.“**
Vereinslokal: Riebeckbräu. Heute: **Zusammenkunft.**
Sonnabend, 21. Juni: **Sonnenwendfeier** — in Neuragoczi. —
Abmarsch 7.30 Peißnitzbrücke.

**Mandolinen-Zirkel Frohsinn, Halle.**
Jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunden i. Restaurant z. Plauderecke, Augustastraße.
Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. jed. Monats: Vereinsabend daselbst.
Freitag, 20. Juni: **Mitglieder-Versammlung.**
Sonntag, 22. Juni: Ausflug nach Lieskau. Abmarsch 2 Uhr nachmittags vom Frankeplatz.

**I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.**
Vereinslokal: **Gold. Kette.**
Sonnabend: Uebungsstunde.
Jeden Sonnabend nach dem 1. **Versammlung.**

### Ammendorf

**Arbeiter-Gesangverein Ammendorf und Umg.**
Dienstag, abends 8 Uhr, im Bahnhofs Restaurant:
☞ **Singestunde.**
Der Vorstand.

### Merseburg.

**Gewerkschafts-Kartell Merseburg.**
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 7½ Uhr: Sitzung im Thüringer Hof
Der Vorstand.

### Eisleben.

**Gesangverein Hoffnung.**
Sonntag, vormitt. 8 Uhr bei Fessel: **Singestunde.**


An der Spitze steht

Dr. Gentner's Oelwachslederputz
**Nigrin**
denn er entspricht allen Anforderungen: Gibt wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, :: wasserdicht und dauerhaft. ::
*1237 Vertreter: **Eberwien & Co., Talamtstrasse 2.**

Tcht. Kartonnagenarbeiter (innen) für Tischarbeit sucht Luxus-Kartonnagenfabrik in Leipzig. *1194

Tücht. Maurer für dauernd gei. Heinz, Hohenthurm. 1755

**Empfehle zu Fabrikpreisen:**
Alle Sorten Spitztüten,
Flach- u. Bodenbeutel,
Tellerservietten usw.
Bitte Postkarte, komme mit Muster.
**Franz Rudloff, Halle a. S.,**
Thomasiusstr. 34. 1830

Grudeöfen, Ia. Material,
Gießkannen, Ia. Material,
Waschtöpfe in allen Größen,
Kohlfüller in allen Größen
empfiehlt 1823
**Artur Reich**, Schimmelstr. 16.

2 Paar weiße Kinderschuhe für das Alter von 4—8 Jahren zu verkaufen Ludwigstr. 44 II r. 1808

Hausierer, Invaliden, welche Landkundsch. bes., find. lohn. Erwerb. Muster 20 Pf. 1826 **Koch, Halle, Lilienstr. 17.**

Dengelmaschinen-Reisende s. **Dobesch**, Ing., Besigheim. *1241

**Guten Nebenerwerb im Hause.**
242 G. Freitag, Döhlen-Dresd. 82.


### Arbeitsmarkt


Für meine Betriebe in Liegnitz i. Schles., Steinau an d. Oder und Calbe an der Saale suche ich
**einige Böttcher**
gegen Gewährung des durch Tarifvertrag festgesetzten Lohnes. Gefl. Angebote erbittet **J. Grolich**, Rohkonservenfabrik, **Liegnitz**, Postschließfach 40. *1210

1829

**wieder eingetroffen!**
Auch auf Teilzahlung.
**Friedrich Gronau**
Barfüsserstrasse 16.

Einen alten erfahrenen 1839
**Bauschlosser**
stellt sofort ein
**Gustav Speck** vorm. R. Speck, Marienstraße 4.

☞ **Tischler** ☜
wird sofort eingestellt. *1245
**Paul v. Seggern, Möbeltischlerei**, Dölau b. Halle, Kröllwitzerstr. 53.

**Maurer**
werden eingestellt. Stundenlohn Mk. 1.80.
**Neubau Bergmann,**
Radefeld. *1190



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190617-14/fragment/page=0008